

Tutzinger Blätter

INFORMATIONEN AUS DER EVANGELISCHEN AKADEMIE TUTZING

Ein jegliches hat seine Zeit

Erfolgreiche Zeiten erleben, was immer das ist, wer mag das nicht? Was aber ist mit den verlorenen Zeiten im alltäglichen Geschäft; verlorene, vertane Zeit im Leben einer Gesellschaft, in meinem Leben?

Eine amerikanische Studie bringt es an den Tag: Ein halbes Jahr verbringen wir auf der Suche nach verlegten Gegenständen, ebenso ein halbes Jahr vor roten Ampeln. Und ein weiteres Jahr vertun wir bei dem vergeblichen Versuch, jemanden telefonisch zu erreichen.

Weil dies so ist, jagen wir der Zeit nach und machen sie uns gefügig. Wo es geht, sparen wir Zeit. Wir teilen sie genau auf, wir messen sie und fangen sie digital ein: von der Waschmaschine und dem Mikrowellenherd, von der 5-Minuten-Terrine bis hin zum Terror von Mails und Telefax. Von West nach Ost, von Ost nach West frönen wir dem Schnelligkeitswahn.

Was aber tun mit der so gewonnenen Zeit? Je mehr wir meinen, sie planerisch in den Griff zu bekommen, desto mehr entgleitet sie uns. Je mehr wir meinen, sie zu besitzen, desto mehr pressen wir in sie hinein, oft ohne Sinn und Ziel. „Zeit ist das, was mir fehlt, wenn sich zuviel ereignet“. Wie wahr! Wir betreiben immer mehr Zeitmanagement und vergessen darüber, unsere Zeiten wirklich zu leben, sie zu begreifen. Die Zeit, die wir gewinnen, sie ist in unseren Händen oft schlecht aufgehoben. Wir wollen über sie bestimmen, wir kaufen sie wie einen Markenartikel ein und tragen so zu ihrem Ausverkauf bei.

Zeiten, vor allem die guten und sinnvollen Zeiten in unserem Leben, sie sind nicht käuflich. Wir sind nicht Herr über sie! Die Zeit steht still. Die verstreicht. Sie verfliegt. Sie heilt. Sie erneuert und versöhnt, und sie lässt sterben. Sie steht nicht zu unserer Verfügung. Sobald wir sie einplanen, erleben wir sie nicht mehr. Das Wachsen von Beziehungen zwischen Menschen, zwischen unterschiedlichen Sprachspielen und Lebenshorizonten, das Sammeln und Austauschen von Erfahrungen, – das alles hat seine Zeit und jegliches unter dem Himmel hat seine Stunde (Prediger Salomo).

„Zeit ist das, was wir haben, wenn wir unsere Uhren wegwerfen!“ Unsere Tage und Stunden werden dort kostbar, wo wir ihnen ihre Zeit lassen und sie nicht dem Diktat der Sollpläne unterwerfen. Dem Glücklichen schlägt keine Stunde, und auch der Traurige kann nicht trauern mit der Uhr in der Hand.

(Meditation von Akademiedirektor Dr. Friedemann Greiner)



KLIMAWANDEL UND ENERGIEWENDE

Im Vorfeld zu der Kopenhagener Weltklimakonferenz diskutierten Experten über Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien auf der Herbsttagung des Politischen Clubs.

Mehr darüber in dieser Ausgabe der Tutzinger Blätter



Tagungstelegramm

Klimawandel und die Energieversorgung der Zukunft
 Klimaforscher, Energieversorger und Politiker berieten auf der Herbsttagung des Politischen Clubs über die zentralen Fragen zukünftiger Energiepolitik und skizzierten zugleich die Herausforderungen durch den Klimawandel.

Mehr darüber auf **Seite 4**



FOTO: SCHWANBECK

Akademiedirektor Friedemann Greiner (li.) und Bundesminister a.D. Hans Eichel begrüßten den Brüsseler EU-Kommissar für Energie, Andris Piebalgs.

Peak Coal und Klimawandel
 Kohle wird in den kommenden Jahren in der Klimapolitik und Energiepolitik eine ganz besondere Rolle spielen. Bisher wird unterstellt, dass Kohle reichlich vorhanden und zudem auch billig ist. Die einen sehen das als Hoffnungsschimmer, die anderen als Bedrohung.

Ein Bericht von **Jörg Schindler und Martin Held auf Seite 8**



FOTO: EAT ARCHIV

Imperien – produzieren sie mehr Sicherheit auf der Welt oder sind sie eher ein Risiko?
 Über diese Frage diskutierte der Politikwissenschaftler Professor *Herfried Münkler* mit dem Tutzinger Publikum.

Seinen Bericht lesen Sie auf **Seite 12**



FOTO: FOTOUIA

Amoklauf - die Polizei sperrt das Schulgelände großräumig ab.



FOTO: FOTOUIA

Die Kumpel. Ohne sie ginge gar nichts. Weltweit fördern Bergleute täglich das begehrte schwarze Gold zutage.

Gewalt begegnen
 Die Amokläufe von Erfurt, Ansbach, Winnenden oder die S-Bahn-Schlägerei in München - Jugendliche werden offenbar immer gewaltbereiter. Die Gesellschaft ist alarmiert. Welche Maßnahmen zur Deeskalation und Prävention gibt es?

Mehr darüber auf **Seite 15**

Inhaltsübersicht

Klimawandel und Energieversorgung der Zukunft	4
Herbsttagung des Politischen Clubs <i>Andris Piebalgs:</i> Die Rolle Europas in der Energie- und Klimapolitik	
Peak Coal und Klimawandel	8
<i>Jörg Schindler und Martin Held:</i> Am Anfang war Peak Coal	
Risiko und Sicherheit	12
<i>Herfried Münkler:</i> Was Imperien leisten und woran sie scheitern	
VERANSTALTUNGSKALENDER	14
Gewalt begegnen	15
<i>Franz Streng:</i> Aspekte der Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen	
Impressum	18
Frühe Hilfen bei häusliche Gewalt	19
<i>Reinhild Schäfer und Ruth Gemeinhardt:</i> Häusliche Gewalt: ein Thema für Frühe Hilfen	
Homer Simpson erklärt die Welt	22
<i>Patrick Steinwider:</i> Jenseits der Unschuld, diesseits der Politik. „Die Simpsons“ als (kritische) Medien-Lernwelt.	
IN EIGENER SACHE	25
- Vorbereitung für den Ökumenischen Kirchentag 2010 in München - Das Fällen der Linde - Neue Kammermusikserie in Tutzing	
FREUNDESKREIS	26
Andacht	28
<i>Friedemann Greiner:</i> Ein jegliches hat seine Zeit	

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Die Evangelische Akademie Tutzing hat zur Jahrhundert-Wende den „Toleranzpreis“ gestiftet, der alle zwei Jahre vergeben wird.

Mit dem Tutzinger Toleranzpreis werden Persönlichkeiten gewürdigt, die mit Ihrer Arbeit im eigenen Land und weltweit dafür eintreten, Konflikte zwischen unterschiedlichen kulturellen, religiösen und politischen Traditionen im Dialog auszutragen, Verständigungsprozesse in Gang zu setzen und mit ihrem Wirken eine „Politik der Toleranz“, d.h. gegenseitige Achtung und Respekt zwischen den Völkern und Kulturen, zwischen den Menschen unterschiedlichen Herkommens und Glaubens zu befördern.

Die bisherigen Preisträger waren Bundespräsident a.D. Roman Herzog, Daniel Barenboim, Henning Mankell, Der Aga Khan und Shirin Ebadi.

Die Jury hat sich mit Blick auf den fünften Preisträger einstimmig dafür ausgesprochen, Dr. Wolfgang Schäuble den Toleranzpreis der Evangelischen Akademie Tutzing zu verleihen.

Herr Schäuble hat in seiner Zeit als Innenminister im Oktober 2006 die Deutsche Islamkonferenz ins Leben gerufen. Sie darf als Meilenstein gelten im Bemühen um eine nachhaltige Integrationspolitik, verbunden mit dem Ziel, den Zusammenhalt einer demokratisch-pluralen Gesellschaft zu vertiefen.

Mit der Initiative zu einer Islamkonferenz, so die Begründung der Jury, hat Wolfgang Schäuble maßgeblich dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen Staat und Muslimen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und einen offenen Diskussionsprozess anzustoßen, der für die Werte der eigenen Gesellschaft wirbt und zugleich offen ist für das Fremde.

Die Jury würdigt die Gründung der Islamkonferenz als ein beispielhaftes Engagement, dem es im Grundsatz darum geht, „die unterschiedlichen Kulturen und Religionen kompatibel zu machen mit der Universalität von Menschenrechten und Toleranz“ (Schäuble)!

Den Toleranzpreis der Evangelischen Akademie Tutzing nimmt Wolfgang Schäuble im Rahmen eines Festaktes Anfang März entgegen.

Ihr

Dr. Friedemann Greiner

Herbsttagung des Politischen Clubs

Klimawandel und die Energieversorgung der Zukunft

Wenn aus dem Klimawandel nicht eine globale Katastrophe werden soll, muss sich auf unserem Globus vieles ändern. Ändern muss sich z.B. die Art, wie wir die Energie erzeugen, die wir brauchen, mehr noch aber die Art, wie wir sie nutzen.



FOTO: SCHWABECK

Andris Piebalgs, EU-Kommissar für Energie, stellte fest: „Eine zukunftsorientierte Energiepolitik kann nur dann erfolgreich und glaubhaft sein, wenn sie gleichzeitig sicher, nachhaltig und bezahlbar ist.“

Erdöl und Erdgas – die fossilen Brennstoffe der Energieversorgung neigen sich allmählich dem Ende zu. Mit großem Nachdruck wird auf der Welt nach Alternativen gesucht, um die zukünftige Energieversorgung der Menschheit sicher zu stellen. Solarparks in den Wüsten sowie Erdwärmepumpen und Gezeitenkraftwerke können vielleicht in naher Zukunft billigen Strom produzieren, der dann weltweit gleichmäßig verteilt werden könnte. Jedenfalls muss, um den Klimawandel noch abzumildern zu können, rasch gehandelt werden.

Auf der von Bundesminister a.D. Hans Eichel geleiteten Herbsttagung des Politischen Clubs erörterten namhafte Wissenschaftler, Energieversorger und Umweltpolitiker Konzepte und Modelle zum Klimawandel und zur Energieversorgung der kommenden Jahre. Lesen Sie nachfolgend Auszüge aus dem Vortrag von Andris Piebalgs, EU-Kommissar für Energie bei der Europäischen Kommission in Brüssel:

Andris Piebalgs

Die Rolle Europas in der Energie- und Klimapolitik

Europa durchlebt zur Zeit die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten. Die Wirtschaft ist stark geschrumpft und die Arbeitslosenrate wird 2010 europaweit auf ein zweistelliges Niveau ansteigen. Gemeinsame staatliche Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems und zur Stärkung der Nachfrage und des Marktvertrauens haben dabei geholfen, die Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs abzuwenden. Jetzt steht die öffentliche Hand vor der Herausforderung, einen erfolgreichen Ausweg aus der Krise zu finden und zukünftiges staatliches Handeln in sehr veränderten Umständen zu definieren. Das Ende der Krise sollte der Anfang für ein neues wirtschaftliches Paradigma sein. Wir sind auf dem Weg zu einer Wirtschaft, in der unser Wohlstand darauf beruht, dass wir unsere Ressourcen besser nutzen und dass unser Wissen der wichtigste Produktionsfaktor ist. Diese neuen Antriebskräfte sollen eine nachhaltige soziale Marktwirtschaft schaffen, in der sich neue Wachstumskräfte entfalten und neue Arbeitsplätze entstehen können, während wir in den kommenden Jahren mit einer dauerhaft höheren Arbeitslosigkeit konfrontiert sein werden.

Wenn wir eine neue Richtung und Vision der EU-Politik entwerfen, müssen wir erkennen, dass die wesentlichen Antriebskräfte für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und Wirtschaft der schonende und wirtschaftliche Umgang mit Energie und natürlichen Rohstoffen sind. Die Umstellung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft und Wissensökonomie erfordert eine stärkere Politikkoordinierung, um die Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Unsere sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Ziele müssen stärker miteinander in Einklang gebracht werden, um unsere Prioritäten für das Jahr 2020 zu erreichen. Aufbauend auf der Lissabon-Strategie wird die neue Kommission eine Vision für das Jahr 2020 entwerfen. Dies wird es der EU ermöglichen, ihre Prioritäten für die nächsten 10 Jahre zu setzen und die Zusammenarbeit auf nationaler und europäischer Ebene jenseits der gegenwärtigen Krise zu stärken, um neue Wachstumskräfte zu mobilisieren und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Fünf Ansätze der EU-Energiepolitik

Auf dieser Tagung steht die Nachhaltigkeit der Energieversorgung im Zentrum der Diskussion. Aber neben der Nachhaltigkeit sind auch die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit als übergeordnete Ziele der EU-Energiepolitik zu beachten. Eine zukunftsorientierte Energiepolitik kann nur dann erfolgreich und glaubhaft sein, wenn sie gleichzeitig sicher, nachhaltig und bezahlbar ist. Was hat die EU in der jüngsten Vergangenheit unternommen, um den Herausforderungen der Energie- und Klimapolitik zu begegnen? Lassen Sie mich fünf wichtige Ansätze der EU-Energiepolitik nennen:

1. Das grüne Paket zur Energie- und Klimapolitik.
2. Das Binnenmarktpaket zur Liberalisierung und Regulierung der Strom- und Gasmärkte.
3. Das EU-Konjunkturprogramm, das knapp 4 Milliarden für Energieprojekte vorsieht: für Windparks auf See, für Projekte zur CO₂-Abscheidung und -Lagerung und für grenzüberschreitende Leitungsprojekte.
4. Die Verordnung zur Begrenzung des Schadstoffausstoßes bei Personenwagen und bei leichten Nutzfahrzeugen. Der CO₂-Zielwert ist 130 g/km für Personenwagen und 175 g/pro km für Nutzfahrzeuge. Die langfristigen Zielwerte für das Jahr 2020 sind 95 g/km und 135g/km.
5. Der strategische Energietechnologienplan zur Erreichung einer CO₂-armen Energieversorgung, wo wir aus sechs verschiedenen prioritären Gebieten eine Orientierung machen.

Drei 20%-Ziele bis 2020

Kern des Energie- und Klimapakets sind drei 20%-Ziele bis zum Jahr 2020. Die einzelnen Ziele lauten wie folgt: Bis zum Jahr 2020 sollen die Treibhausgase um 20% gesenkt werden. Die Energieeffizienz soll um 20% erhöht werden. Drittens, das ist sehr wichtig, dieses Ziel zu erreichen, das ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix, der von heute 8,5% auf 20% erhöht werden soll. Für erneuerbare Energien im Verkehrsbereich gilt ein Ziel von 10%, das zum Beispiel durch Biokraftstoffe oder Elektroautos erreicht werden kann. Dies sind sehr ehrgeizige Ziele. Darüber hinaus hat die EU beschlossen, die Treibhausgase sogar um 30% zu senken bis zum Jahr 2020, wenn es in Kopenhagen zu vergleichbaren Anstrengungen der anderen Industrieländer kommt. Das Ziel einer 20%-Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen lässt sich nur erreichen, wenn sich unsere heutigen Wirtschaften und Konsumenten grundlegend ändern. Bleiben wir beim Alten, wird der CO₂-Ausstoß bestenfalls konstant bleiben, auch wenn die Preise steigen. Nur durch grundlegende Maßnahmen wird es möglich sein, dass 20%-Ziel zu erreichen. Marktwirtschaft alleine schafft das nicht, leider ist das so.

Erforderlich: eine höhere Energieeffizienz

Ganz entscheidend für die Zielerreichung ist eine höhere Energieeffizienz. Sie trägt direkt zur Erreichung aller drei Ziele bei, zu einer sicheren, nachhaltigeren und günstigeren Ener-

gieversorgung. Die Marktkräfte führen kontinuierlich zu einer großen Energieeffizienz, aber es ist notwendig, diese Entwicklung weiter zu forcieren. Der Zeithorizont von Privatpersonen und Unternehmen ist oft zu kurz. Oder Kosten und Nutzen der Maßnahmen sind ungleich verteilt.

In Europa, auch weltweit, gibt es ein riesiges Potenzial, Energie einzusparen. Die Kommission hat zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Energieeffizienz angestoßen. *Öko-Design:* Für viele Produktgruppen hat sie Höchstgrenzen für den Energieverbrauch vorgeschlagen. Dabei geht es um Wärmepumpen, Autoreifen, Fernseher und vieles anderes. *Kennzeichnung:* Die EU verhandelt derzeit auch über ein verbessertes und generalisiertes System zur Kennzeichnung. Die Verbraucher sollen sich bei Kauf eines Produkts bewusst für ein energiesparendes Produkt entscheiden können. *Gebäude:* Warum sollen nicht in wenigen Jahren die meisten Neubauten eine neutrale Energiebilanz haben. Zu diesem Thema finden ebenfalls zur Zeit Verhandlungen statt.

In Kürze wird die EU-Kommission einen neuen Aktionsplan zur Energieeffizienz vorlegen mit einer Aufteilung in sieben Themen. Ein wichtiges Thema darunter ist das Bildungswesen, weil man natürlich durch das Bildungswesen sehr viel erreichen kann. Wir glauben, dass besonders durch Initiativen auf lokaler Ebene gute Möglichkeiten für eine Verbesserung der Energieeffizienz bestehen. Zum Beispiel die Smart-Cities-Initiative zur Steigerung der Energieeffizienz bei Gebäuden und im Verkehr in Städten. Wir haben einen Pakt von Bürgermeistern geschaffen, und da gibt es schon 900 Städte, die sagen: „Wir schaffen im Jahr 2020 mehr als die geforderte 20%-Verringerung des CO₂-Ausstoßes.“ Ich glaube, wenn es klappt, dann werden natürlich viele andere Städte das weiter verfolgen.

Ausbau erneuerbarer Energien

Wesentlich für eine nachhaltige und sichere Energieversorgung ist zudem der Ausbau erneuerbarer Energien. Die EU-Staaten haben sich auf verbindliche Ziele des Anteils erneuerbarer Energien für jeden einzelnen Mitgliedsstaat festgelegt. Dies ist eine sehr weitreichende Verpflichtung, die Investoren die nötige Sicherheit gibt, nun in diesen Bereich zu investieren. Nächstes Jahr werden die Mitgliedsstaaten die nationalen Pläne zur Umsetzung dieser Ziele vorlegen. Und ich möchte betonen, das ist ein neues Instrument. Man wird sehen, wie wir es schaffen in Europa. Zum ersten Mal haben wir ein verbindliches Ziel in einer EU-Politik festgelegt. Das bedeutet, wenn ein Staat dieses Ziel nicht erreicht, dann ist es eine Vertragsverletzung. Doch wir möchten kein Vertragsverletzungsverfahren machen, aber wir möchten die Ziele erreichen. Deshalb sind diese Nationalpläne so wichtig, wenn die an die Kommission weitergegeben werden, werden wir diese Pläne analysieren und verfolgen, ob die Linie zur Zielerreichung in die richtige Richtung geht. Wenn das nicht klappt, werden wir die Mitgliedsstaaten bitten, einige Änderungen in den Plänen zu machen. Und wenn das dann nicht gemacht wird, dann ist es natürlich ein Vertragsverletzungsverfahren. Das ist eine neue Prozedur, die bis heute noch nie in der Welt

gemacht wurde. Ich glaube aber, dass es helfen wird, in jedem Mitgliedsland eine wirkliche Strategie für erneuerbare Energien zu schaffen, und ich bin überzeugt, 2020 wird es 20% erneuerbare Energien geben. Aber wir müssen dafür arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, wir können das schaffen.

EU-Energiepolitik benötigt funktionierenden Binnenmarkt

Es ist wichtig, dass die EU-Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten, und natürlich ist dafür ein zentraler Baustein der EU-Energiepolitik ein funktionierender Binnenmarkt. Das heißt, dass Strom und Gas frei in der EU fließen können, unabhängig von nationalen Grenzen und einzelnen Unternehmen. Nur mit einem funktionierenden Binnenmarkt können die Synergien zwischen den verschiedenen Energieträgern verwirklicht werden. Gerade bei erneuerbaren Energien wie Sonne und Wasserkraft sind solche Synergien wichtig, um eine bezahlbare Energieversorgung zu ermöglichen. Das dritte Gesetzespaket zum Energiebinnenmarkt ist daher ein zentraler Baustein, um eine nachhaltige Energieversorgung zu erreichen. Es ist im September in Kraft getreten und beinhaltet wichtige Änderungen bei der Liberalisierung und Regulierung des Strom- und Gasmarktes. Es schafft eine wirksame Entflechtung der Netze. Dies ist wichtig, um fairen Netzzugang und einen Netzausbau im Interesse aller Marktteilnehmer sicher zu stellen. Ein weiterer Eckpfeiler des Binnenmarktpakets ist die Stärkung der Regulierungsbehörden im Hinblick auf ihre Unabhängigkeit und ihre Kompetenzen. Das dritte Binnenmarktpaket schafft auch auf EU-Ebene die Strukturen, um die Kleinstaaterei zu überwinden, die Netzbetreiberkooperation ENZO und die europäische Agentur ESA. Die wichtigsten Aufgaben dieser neuen Organisationen sind die gemeinsame EU-weite Erarbeitung von Netzregeln und eines Zehnjahresplans für ein europäisches Netz. Außerdem wird das Binnenmarktpaket mehr Markttransparenz schaffen mit positiver Auswirkung auf die Versorgungssicherheit und den Wettbewerb. Der Binnenmarkt ist das entscheidende Instrument, um die eingangs genannten Ziele der Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Ein flexibler Binnenmarkt trägt insbesondere zur notwendigen Umstellung der Energieversorgung bei. Das traditionelle Modell der Energieversorgung besteht in einer zentralen angebotsorientierten Versorgung mit Großkraft-



Matthias Machnig, in Thüringen Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, plädierte für ein Umdenken in der Energiepolitik. „Wir brauchen eine dritte industrielle Revolution.“ Zugleich forderte der SPD-Politiker eine Kehrtwende mit festen Vorgaben für die Wirtschaft: „Die Märkte brauchen neue Regeln.“ Konjunktur- und investitionspolitisch falsch sei eine Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke. Ein Energiemix mit dem Schwerpunkt erneuerbarer Energien sei fürs erste das einzig sinnvolle Ziel.

Wir brauchen ein „Energieeffizienzgesetz mit festen Zielen“, betonte der Minister. Umweltpolitik sei heute Wirtschafts-

werken. Um zukunftsfähig zu sein, müssen wir zu einer dezentralen, stärker nachfrageorientierten Energieversorgung kommen mit der Integration lokaler Energieerzeugung. Die Netze müssen so ausgelegt sein, dass kleinräumige und variable Energieerzeugung effizient genutzt werden können. Dafür sind intelligente Netze notwendig. Intelligente Stromzähler geben dem Verbraucher in solchen Netzen einen Anreiz, sparsam mit Energie umzugehen, auf Preissignale zu reagieren und damit Verbraucherspitzen zu glätten. Zu einem funktionierenden Strommarkt und einer nachhaltigen Energiepolitik gehören demnach auch mündige Verbraucher. Das dritte Binnenmarktpaket sieht vor, dass bis zum Jahr 2020 in allen Mitgliedstaaten in 80% der Haushalte intelligente Stromzähler installiert sind.

Der russisch-ukrainische Gasstreit

Der russisch-ukrainische Gasstreit im Januar hat gezeigt, dass ein funktionierender Binnen-

politik, die Marktvolumen für alternative Energien sind eine dreistellige Milliardengröße.

Dem bevorstehenden Klimagipfel in Kopenhagen kommt nach Ansicht *Machnigs* eine weit über die Umweltfragen hinausreichende Bedeutung zu. „Bei einem Scheitern gibt es ein ernstes Problem, ob globales Handeln überhaupt möglich ist.“ Voraussetzung für ein wirksames globales Handeln gegen die Klimakatastrophe sei, dass die beteiligten Staaten ihre höchsten Repräsentanten nach Kopenhagen entsenden. Nur die Staats- und Regierungschefs könnten über vertragliche Ziele und Kosten Verbindliches vereinbaren.

markt auch die beste Versicherung gegen Lieferausfälle und andere Notfälle ist. Nur indem wir selbst stark sind, können wir Krisen überwinden, auch wenn wir mit unseren Partnern arbeiten. Es ist sehr klar, unsere Sicherheit ist mit uns verbunden. Niemand wird sich um uns kümmern, wir müssen uns selbst um uns kümmern, und das bedeutet, dass wir 27 Mitgliedsstaaten stark zusammenarbeiten, um Krisen zu überwinden. Während der Krise bestanden an vielen Grenzen nicht die notwendigen Kapazitäten, um Erdgas in den betroffenen Mitgliedsstaaten zu liefern. Diesen Ländern konnte daher in Wirklichkeit kaum geholfen werden. Der Gasstreit verdeutlicht auch, dass wir bei aller Sorge um Nachhaltigkeit das Ziel der Versorgungssicherheit nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Die europäische Union hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Initiativen ergriffen, um auf eine nachhaltige Energieversorgung umzustellen. Dies ist sicherlich kein Grund zur



Professor Anders Levermann, Potsdam-Institut für Klimaforschung, zeichnete in seinem Eröffnungsvortrag ein drastisches Bild. Bereits beobachtbare Folgen des Klimawandels sind unter anderem die Erderwärmung (in den letzten hundert Jahren um 0,8 Grad), die Versauerung der Ozeane, der Anstieg des Meeresspiegels um 15 bis 20 cm, das Schmelzen der Gletscher sowie das Schrumpfen des arktischen Meer-Eises. Als weitere zu erwartende Konsequenzen nannte er u.a.: mehr Extremwetterereignisse, die feuchten Gebiete werden feuchter, die trockenen Gebiete werden trockener, eine weitere Zunahme der Intensität der tropischen Stürme, das Schmelzen von Grönland sowie einen Anstieg des Meeresspiegels bis 2100 zwischen 0,75 und 2 Meter.

„Das Mitte der neunziger Jahre von der EU ausgerufene Ziel, dass sich die Erde bis zum Ende unseres Jahrhunderts um nicht mehr als 2 Grad erwärmen dürfe, ist kaum noch zu halten. Umso dringender muss die Politik handeln. Die Klimaforschung weiß genug, um der Politik eine solide Basis für notwendige Entscheidungen an die Hand zu geben“, betonte der Klimaforscher.

Die in den Medien noch immer diskutierte Frage, ob wir es nicht mit einem „normalen“ Klimawandel zu tun haben, ist für die Forschung hingegen kaum noch relevant. Viele beobachtete Wirkungen des jüngsten Klimawandels können eindeutig den von Menschen gemachten Treibhausgas-Emissionen zugeschrieben werden.

Selbstzufriedenheit. Aber es lässt sich wohl mit Recht behaupten, dass die Weichen für eine nachhaltige Energieversorgung gestellt sind. Mit dem Klima- und Energiepaket und



Dr. Johannes Lambertz, Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG, ging in seinem Vortrag von der These aus, dass aufgrund unseres gegenwärtigen Energiebedarfs und unseres Technologieniveaus der Einsatz so genannter „Brückentechnologien“ noch längere Zeit unverzichtbar sein wird.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt hierbei die Kernenergie: Ein Ausstieg aus der Kernenergie 2020 wird einerseits die Versorgungssicherheit gefährden, andererseits den Verbrauch fossiler Energieträger ankurbeln. In diesem Sinne ist Kernenergie als Instrument der Energiesicherheit wie auch einer Klimaschutzpolitik zu verstehen. Ohne sichere Endlagerung ist Kernenergie mit Sicherheit nicht akzeptabel. *Lambertz* zeigte sich jedoch optimistisch, dass die Forschung hier bald sichere Lösungen finden werde.

Das Argument, Kernkraftwerke blockierten den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energierohstoffen, weil sie sich nur in Grundlast betreiben ließen und daher inkompatibel mit dem schwankenden Angebot von Wind und Sonne seien, treffe nicht zu, betonte der RWE-Vorstandsvorsitzende, denn ein Kernkraftwerk lasse sich ebenso wie ein Kohlekraftwerk in 15 Minuten von Volllast auf 50% herunterfahren.

dem Binnenmarktpaket der EU besteht nun ein Recht, das den Akteuren in Wirtschaft und Politik eine hohe Planungssicherheit gibt. Es gilt nun, diesen Rahmen zu nutzen und auf



Reinier Zwitserloot, vormaliger Vorsitzender des Vorstands der Wintershall Holding AG, sprach über die Zukunftsszenarien der Energieversorgung kommender Jahrzehnte. Die Prognosen, so *Zwitserloot*, zeigen deutlich, dass trotz einer Fokussierung der öffentlichen Debatte auf alternative Energien fossile Energieträger noch lange Zeit eine zentrale Rolle in unserer Energieversorgung spielen werden.

Seine These: Es ist ausreichend Öl für mindestens 60 Jahre und ausreichend Gas für 1.000 Jahre vorhanden. Aber, so sein Fazit: „Nicht weil fossile Energien nicht mehr existieren, sondern weil wir es uns ökologisch nicht mehr leisten können, sie zu nutzen, werden wir auf sie verzichten.“

Entscheidend für die Zukunft sind Ausbildung, Forschung und Aufklärung. „Wir haben kein Rohstoffproblem, sondern ein Technologieproblem“, sagte *Zwitserloot* und gab folgendes Beispiel: „Theoretisch könnte die Sonneneinstrahlung einer Stunde den weltweiten Primärenergiebedarf eines Jahres decken. Allein: Es fehlt die Technologie.“ Dringende Aufgabe des Kampfes gegen den Klimawandel sowie in der Frage zukünftiger Energieversorgung ist es daher, mehr in die Bildung zu investieren. In diesem Sinn – so *Zwitserloot*, „ist es beschämend, wie wenig Geld Deutschland für Wissenschaft, Forschung und Bildung ausgibt.“

allen Ebenen einen vollständigen Umbau zu einer nachhaltigen aber auch sicheren und bezahlbaren Energieversorgung voranzutreiben. ■

Peak Coal und Klimawandel

Kohle spielt in den kommenden Jahren für die Klimapolitik eine herausragende Rolle. Kohle gilt als billig und als reichlich vorhanden. Neue Technologien nähren zudem die Hoffnung, dass Kohle auch „sauber“ genutzt werden kann. Und mit der Kohleverflüssigung könnte sich nach dem Fördermaximum des konventionellen Erdöls im Verkehrssektor einiges verändern*. Sollte die Industrie auf eine Renaissance der Kohlechemie setzen oder werden die Klimaprobleme dadurch nur noch verschärft?



Nach internationalen Schätzungen werden 2030 etwa 90% des weltweiten Energiebedarfs aus fossilen Quellen gedeckt werden. Kohle spielt dabei eine besondere Rolle. Die Schlüsselländer für ein mögliches Wachstum der globalen Kohleförderung sind China, USA und Russland mit ihren bedeutenden Reserven.

*(siehe zum Peak Oil und Klimawandel: Tutzinger Blätter, 1/2008, S. 14 ff.)

In einer Kooperationstagung mit EnergyWatchGroup und der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) hatte Studienleiter Martin Held die gängigen Theorien zur Nutzung von Kohle und zu deren Einfluss auf das Weltklima auf den Prüfstand gestellt. Ist Kohle tatsächlich so reichlich und billig wie unterstellt? Kann es eine „saubere“ Kohle wirklich geben? Wie steht es um die Kohleverflüssigung? Lesen Sie nachfolgend den Bericht von:

Jörg Schindler und Martin Held

Am Anfang war Peak Coal

Kohle war der erste fossile Energieträger, der beginnend mit der industriellen Revolution in großem Stil genutzt wurde. Schon sehr bald war klar, wie essentiell die Verfügung über den billigen und reichlichen Energierohstoff für die wirtschaftliche Entwicklung und in der Folge die politische Macht von Nationen war.

Ausgehend von der Erkenntnis der Erschöpfbarkeit der Kohlevorräte schien es daher geboten, sich über die künftige Verfügbarkeit von Kohle ein Bild zu verschaffen. Bereits im Jahr 1865 legte der Engländer William Stanley Jevons sein damals viel beachtetes Buch „The Coal Question – An Inquiry Concerning the Progress of the Nation, and the Probable Exhaustion of our Coal-mines“ vor. Er stellte zum ersten Mal die Frage nach der Nachhaltigkeit einer ständig wachsenden Kohlenutzung. Dieses Werk war grundlegend für alle späteren Analysen der Verfügbarkeit der endlichen fossilen und nuklearen Energiequellen Kohle, Erdöl, Erdgas und Uran.

Zu dem von Jevons entwickelten Rahmen gehört eine systemische Analyse, die geologische, bergbautechnische, wirtschaftliche und – wie man heute sagen würde – ökologische Gegebenheiten und Randbedingungen von Anfang an mit einbezieht: zum einen das physische Vorhandensein des Rohstoffs und zum anderen, gleichermaßen wichtig, alle übrigen Produktionsbedingungen. Ziel der Untersuchung war eine quantitative Projektion des Verlaufs der künftigen Kohleförderung. Dabei erkannte Jevons, dass auf qualitativer Ebene – wegen der Endlichkeit der Ressource – die Form dieses Verlaufs bereits vorgegeben ist: ein Anstieg der Förderung bis zu einem Maximum – Peak Coal – und darauf folgend ein ständiger Rückgang.

Es würde also notwendigerweise einen Peak der britischen Kohleförderung geben. Die quantitative Analyse von Jevons wollte die Frage beantworten: Wann und bei welcher Förderrate wird dieser Peak erreicht sein? Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollten die Grundlage bilden für die Erörterung der Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Das Fördermaximum wurde tatsächlich auf einem wesentlich höheren Niveau, als von Jevons vorhergesehen, im Jahr 1913 erreicht, nur etwa 50 Jahre nach Erscheinen der Coal Question. Bei der Würdigung seiner Analysen sind historisch nicht die quantitativen Abweichungen wichtig (die wegen der ungenügenden Datenlage unvermeidlich waren), sondern vielmehr ihre erstaunliche qualitative Korrektheit. Der von ihm entwickelte theoretische Rahmen und die qualitativen Aussagen haben bis heute Bestand.

Am Anfang aller ernsthaften Analysen zur Verfügbarkeit fossiler Energien war Peak Coal. Warum ist das in Vergessenheit geraten? Warum müsste das heute wieder ein Thema werden?

Die Aktualität der Kohlefrage – Herausforderung für den Klimaschutz

Die wachsende Erkenntnis, dass Peak Oil eine aktuelle Herausforderung ist, macht die Unsicherheit der Energieversorgung zum Thema. Inzwischen ist einerseits klar, dass Erdgas in großem Stil kein Substitut sein kann für das in absehbarer Zeit zurückgehende Ölangebot. Andererseits: Ist es nicht allgemein gängig, dass der alte Energieträger Kohle reichlich und billig ist und noch für Jahrhunderte reicht? Ist daher eine Regression zur Kohle und damit ihre vermehrte Nutzung eher wahrscheinlich statt einer grundsätzlichen Umstellung des Energiesystems?

Dem steht die ungelöste Klimafrage gegenüber. Eine lang dauernde und weiter wachsende Nutzung der Kohle bedroht das Klima. Das zeigen alle einschlägigen Emissionsszenarien des IPCC.

Voraussetzung dieser heraufziehenden Konfliktlage ist die bisher als selbstverständlich unterstellte Tatsache, dass Kohle quasi auf Dauer reichlich und billig ist. Peak Coal ist daher in dieser Sicht der Dinge kein Thema. Hält diese Voraussetzung einer Prüfung stand und was ist wirklich Sache? Zur Klärung dieser Frage diente eine Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing, veranstaltet in Kooperation mit der Energy Watch Group und der Gesellschaft Deutscher Chemiker, Fachgruppe

PEAK COAL UND KLIMAWANDEL

Der Weltmarkt für Kohle 2007 – die wichtigsten Länder

	Rang 1 Land [Mtoe]	Rang 2 Land [Mtoe]	Rang 3 Land [Mtoe]	Rang 4 Land [Mtoe]	Anteil der 4 größten an allen [%]
Reserven	USA 120.000	Russland 69.000	China 59.000	Indien 36.000	67
Förderung	China 1.289	USA 587	Australien 215	Indien 181	>70
Netto Exporte	Australien 162	Indonesien 80	Süd Afrika 54	Russland 54	78

Mtoe = Mio. Tonnen Öläquivalent (1 toe = 6,841 Barrel Öl)
Quelle: Datengrundlage BP Statistical Review of World Energy 2008
Analyse: Ludwig-Bölkow-Systemtechnik 2008

Nachhaltige Chemie. Es war dies die erste öffentliche Veranstaltung im deutschsprachigen Raum zum Thema.

Die Verfügbarkeit von Kohle – von der Geologie zu den realistisch förderbaren Mengen

Die Daten zu Kohlereserven und -ressourcen sind von sehr schlechter Qualität, sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene. Es gibt keine international verbindlichen Standards. Viele Länder berichten veraltete Daten, die auf einer veralteten Methodik beruhen.

Auch gibt es keine objektive Möglichkeit in der gebotenen kurzen Frist, festzustellen, wie belastbar die Daten tatsächlich sind.

Insgesamt wurden die berichteten Reserven in den vergangenen zwei Jahrzehnten abgewertet, in einigen Ländern sogar drastisch. Beispielsweise sind die nachgewiesenen deutschen Steinkohlereserven im Jahr 2004 um 99% abgewertet worden. Polen hat seine Steinkohlereserven seit 1997 um 50% abgewertet und seine Braunkohlereserven auf Null. Signifikante Abwertungen gab es auch in Indien.

Doch die Aussagekraft von vornehmlich geologisch hergeleiteten Reservedaten ist ge-

rade bei der Kohle eher gering. Relevant sind allein die förderbaren Mengen. Vielfältige Randbedingungen und Einschränkungen führen zu förderbaren Reserven, die im konkreten Fall weit bis sehr weit unter den geologischen Reserven liegen können. Faktoren in diesem Kontext sind: Ökonomische und technische Gegebenheiten, rechtliche Einschränkungen, Umweltaspekte und gesellschaftliche Akzeptanz etc. Beispielsweise ist es kaum vorstellbar, dass Braunkohlelagerstätten unter Stadtgebieten wie in Halle oder Leipzig je gefördert werden.

Detaillierte Fallstudien für Gebiete mit großen Kohlevorkommen in den USA belegen das. Ein Beispiel ist das Gillette Kohlefeld in Wyoming: Es enthält 192 Gigatonnen Kohle, von denen nach Berücksichtigung aller realen Gegebenheiten ca. 70 Gt technisch und nur ca. 9 Gt ökonomisch förderbar sind – das sind weniger als 5% der geologischen Reserven.

Peak Coal bei Steinkohle – in vielen Regionen längst historische Realität

Nicht nur das Beispiel Englands zeigt, dass Peak Coal real ist. Auch andere, vormals bedeutende, Steinkohle-Förderländer in Europa haben den Peak längst hinter sich. Dazu gehören Deutschland (Peak 1958), Frankreich (1973) und Polen (ca. 1990). Insgesamt

ist heute die Steinkohle in Europa (Peak ca. 1960) ein Auslaufmodell. Gibt es dies nur in Europa? Oder ist Europa ein Paradigma für den Rest der Welt?

Künftige Kohleförderung – eine Frage von wenigen Ländern

Ist Kohle auch in Zukunft billig und reichlich? Die globale Steinkohleförderung konzentriert sich auf ganz wenige Länder. Bei der Förderung ebenso wie bei den berichteten Reserven und den Exporten sind jeweils nur vier Länder relevant (siehe Tabelle).

Die Schlüsselländer für ein mögliches Wachstum der globalen Kohleförderung sind China, USA und Russland mit ihren bedeutenden berichteten Reserven.

Die Kohleförderung hat sich mengenmäßig in den USA seit 1970 fast verdoppelt, seit Mitte der 1990er Jahre hat das Wachstum stark nachgelassen. Schaut man genauer hin, so stellt man fest, dass die hochwertigen Kohlequalitäten seit etwa 1990 immer weniger werden und nur die Förderung geringwertiger Kohle noch gestiegen ist. Dies führt dazu, dass – gemessen am Energiegehalt – die Kohleförderung seit 1998 bereits leicht abnimmt. Die Kohleförderung wird offensichtlich zunehmend schwieriger.

Ein Wachstum der US-amerikanischen Kohleförderung ist wegen der Reservelage nur durch eine starke Ausweitung der Kohleförderung im Bundesstaat Montana denkbar. Dies würde einen energetischen Anstieg der US-Förderung um ca. 50% bedeuten. Auf Grund der lokalen wirtschaftlichen und rechtlichen Gegebenheiten ist das jedoch völlig unrealistisch.

Die Lage in China ist vergleichsweise unklar. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass sich das Wachstum der Förderung in den nächsten Jahren abschwächen und in 5 bis 15 Jahren der Peak der Förderung erreicht werden wird.

In Russland ist eine Ausweitung der Kohleförderung wegen der Reserven möglich – theoretisch auf mehr als 500 Mtoe (aber der Großteil der noch zu erschließenden Reserven liegt in Sibirien in Gebieten ohne jegliche Transportinfrastruktur). In einem geringeren, heute nicht genau bezifferbaren, Umfang ist

eine wachsende Förderung wahrscheinlich.

Zusammenfassend: Nach diesen Analysen kann man die globale Kohleförderung, im Unterschied zum konventionellen Erdöl, in den kommenden Jahrzehnten noch ausdehnen – aber maximal in einer Größenordnung von ca. 20 bis 30%. Dieses Ergebnis ist weit weg von den gängigen Vorstellungen einer möglichen Vervielfachung der Förderung noch für mindestens ein Jahrhundert. Und das ist aus Klimagründen auch gut so, um den Spruch eines bekannten deutschen Politikers abzuwandeln.

Peak Coal und Klimawandel – es ist dringlich, den Zusammenhang genauer zu verstehen

Kohle ist nicht reichlich – wie bisher ungeprüft unterstellt – und wird absehbar teurer. Was bedeutet das für die Klimadebatte, für die weitere Nutzung der Kohle für bisherige Verwendungen – insbesondere die Stromerzeugung – und neue Nutzungen, wie die Kohleverflüssigung als Ersatz für Kraftstoffe aus Öl?

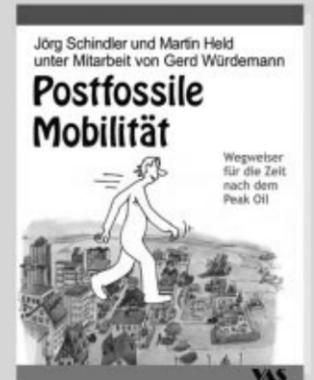
Dazu wurde in der Tagung die Abscheidung von CO₂ bei der Kohleverstromung (CCS- Carbon Capture and Sequestration) diskutiert: der Traum von der sauberen Kohle.

Ein weiteres Thema war das Potenzial der Kohleverflüssigung. Für einen relevanten Beitrag zur Kraftstoffversorgung bräuchte es sehr große zusätzlich Kohlemengen, auch weil die energetischen Umwandlungsverluste sehr hoch sind. Diese Mengen sind so nicht vorhanden.

Wir stehen wegen Peak Oil am Beginn einer Transition zu einem postfossilen Zeitalter. Gleichzeitig erleben wir den Klimawandel, der durch das Verbrennen fossiler Energien verursacht ist. Der absehbare Peak aller fossiler Energiequellen ist in diesem Kontext ein Vorteil für die Klimapolitik: „Ohne Verknappung der fossilen Ressourcen würden wir uns schwerer tun, Klimawandel anzugehen!“ (Professor *Martin Faulstich* auf der Tutzinger Tagung in seinem „Zwischenfazit: Gibt es Indizien für Peak of Easy Coal in absehbarer Zeit?“, Vorsitzender Sachverständigenrat für Umweltfragen).

ANZEIGE

VAS-Verlag • Ludwigstr. 12 d • 61348 Bad Homburg •
Tel.: 06172-6811656 • Fax: 06172-6811657 •
E-Mail: info@vas-verlag.de



Soeben erschienen

- ISBN 978-3-88864-422-1
- 2009
- 4-Farb-Druck
- 16 cm x 21 cm (B x H)
- 304 Seiten
- 19,80 €

Jörg Schindler und Martin Held
unter Mitarbeit von Gerd Würdemann
Postfossile Mobilität
Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil

Mit 7 Nachrichten aus der Zukunft, 12 Tabellen,
12 Informationskästen und 86 Farbbildern

Der moderne Verkehr ist fast vollständig von Erdöl abhängig. Peak Oil, der jetzt erreichte Höhepunkt der weltweiten Ölförderung, zeigt die Nichtnachhaltigkeit des fossil angetriebenen Verkehrs. Das Ölangebot wird in naher Zukunft kontinuierlich abnehmen. Die Krise der Automobilindustrie ist in diesem Kontext zu sehen. Es geht nicht so weiter, weil es nicht so weiter gehen kann.

Wir stehen am Beginn einer epochalen Transformation vom fossilen Verkehr zu einer postfossilen Mobilität. Dieser Übergang ist unvermeidlich und steht jetzt an.

Wir werden auch in Zukunft mobil bleiben mit weniger Verkehr und weniger Energie. Die Mobilität der Zukunft hat eine neue Qualität. Im Buch werden Akteure der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik auf dem Weg zur postfossilen Mobilität vorgestellt. Indikatoren machen die Entwicklung messbar und alternative Pfade konkretisieren die Richtung. Jenseits des aktuellen Hypes um Elektroautos ist das Buch der moderne Klassiker des Übergangs zur postfossilen Mobilität.

An die
Evangelische Akademie Tutzing
z. Hd. Frau Mrozek-Abraham
Schlossstr. 2+4
82327 Tutzing

Hiermit bestelle ich
— Exemplar(e) „Postfossile Mobilität“
Name:
Straße:
Plz. / Ort:
Datum / Unterschrift:

Ströhmer Computersysteme GmbH

Gesellschaft für
Beratung,
Programmierung
und Vernetzung mbh

Hans-Denck-Str. 17 • 85051 Ingolstadt • Tel: 08450/91120 • Fax: 08450/1467

www.stroehmer.de email: computersysteme@stroehmer.de

ANZEIGE

Risiko und Sicherheit

Imperien in Vergangenheit und Gegenwart

Nach dem Zerfall der Sowjetunion gingen viele davon aus, dass die Epoche der großen Imperien nun zu Ende sei. Aber dann unternahmen die USA den Versuch, ihre Vorstellungen von einer neuen Weltordnung durchzusetzen. Und seit Beginn des neuen Jahrtausends ist vom Aufstieg Chinas und gelegentlich auch Indiens als neuen regionalen Imperien die Rede. Produzieren Imperien mehr Sicherheit auf der Welt oder sind sie eher ein Risiko?



FOTO: ENF ARCHIV

„An den Rändern der Wohlstandszonen sind die Imperien gleichsam gezwungen, Ruhe und Sicherheit, Ordnung und Frieden herzustellen. Auf diesem Wege gelingt es ihnen, die Menschen schließlich an der großen Prosperität partizipieren zu lassen, die sich in der imperialen Ordnung entwickelt hat“, konstatierte Professor Herfried Münkler.

Was ist eigentlich ein Imperium? Worin unterscheidet es sich von anderen Typen politischer Ordnung, von Staaten etwa oder von großräumlichen Bündnis-systemen? Welche Ordnungsleistungen haben Imperien in der Vergangenheit erbracht und worin bestehen ihre negativen Effekte? Beuten sie ihre Peripherien wesentlich aus, oder kultivieren und zivilisieren sie mehr?

Studienleiter Jochen Wagner und der an der Humboldt-Universität zu Berlin lehrende Politikwissenschaftler Professor Herfried Münkler gingen diesen Fragen in einer gemeinsam durchgeführten Tagung nach.

Herfried Münkler

Was Imperien leisten und woran sie scheitern

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, so hatte es zeitweilig den Anschein, war die Epoche der großen, raumbherrschenden Imperien definitiv zu Ende gegangen. Am Anfang dieses Endes stand der Zerfall der europäischen Kolonialreiche während der 1950er und 1960er Jahre, dem sich als letzte schließlich auch die Portugiesen nicht hatten entziehen können. In dieser Sicht war die Sowjetunion bloß eine Fortsetzung des Zarenreichs unter sozialistischen Vorzeichen, durch die sie sich eine kurze Verlängerung imperialer Vormachtstellung erkaufte. Das Ende des Sozialismus war danach auch das Ende der letzten imperialen Macht. Die Idee der Freiheit hatte sich dieser Sichtweise zufolge auf individueller wie auf kollektiver Ebene durchgesetzt.

Aber so einfach, wie es auf den ersten Blick den Anschein hatte, waren die Dinge dann doch nicht. Eine genauere Betrachtung förderte irritierende Befunde zu Tage, etwa den, dass postimperiale Räume, wie der Balkan oder der Kaukasus keineswegs umstandslos und friedlich in eine Konstellation nationaler Selbstbestimmung hineinfanden, sondern nicht selten in grausamen Kriegen versanken, die schon bald den nächsten Interventen auf den Plan riefen, und in vielen Fällen lässt sich auch nicht beobachten, dass das Ende der zuvor so heftig kritisierten imperialen Ausbeutung zu einem ökonomischen Take off der in die Freiheit entlassenen Territorien geführt habe. Vor allem das subsaharische Afrika ist ein Beispiel dafür. So besaß der Kongo unter der brutalen und ausbeuterischen Herrschaft der Belgier eine weit bessere Verkehrsinfrastruktur, als dies nach einigen Jahrzehnten Unabhängigkeit der Fall ist. Bei solchen Beobachtungen ist freilich als erstes in Rechnung zu stellen, dass die imperiale Herrschaft in den von ihr kontrollierten Regionen Spuren hinterlassen hat, die nicht binnen weniger Jahre verschwinden, und manche der Kriege in den postimperialen Räumen sind bloß eine Fortsetzung der divide-et-imperare-Politik, die von den imperialen Machthabern zuvor eingeübt worden war.

Aber nach einiger Zeit stellt sich dann doch die Frage, ob der

imperial durchgesetzte und gewährleistete Frieden nicht besser und dem Leben der Menschen zuträglicher gewesen war als die seitdem vorherrschende innergesellschaftliche Gewalt. Das Ende der Donaumonarchie hat den Balkan weder friedlicher noch reicher werden lassen. Eine der klassischen Rechtfertigungen von Imperien gewann damit wieder an Überzeugungskraft: die, dass an den Rändern der Wohlstandszonen die Imperien gleichsam gezwungen seien, Ruhe und Sicherheit, Ordnung und Frieden herzustellen, und es ihnen auf diesem Wege gelinge, die Menschen aus einer barbarischen Situation zu befreien, ihnen eine überlegene Zivilisation zu bringen und sie schließlich an der großen Prosperität partizipieren zu lassen, die sich in der imperialen Ordnung entwickelt habe. Friedensperioden und Friedensräume erhalten ihre Denomination nicht selten nach dem Imperium, das sie beherrscht hat. So ist von der pax Romana ebenso die Rede wie von der pax Mongolica, von der pax Britannica, wie von der pax Americana, und selbst die pax Sovjetica hat es in diese Begriffsreihe geschafft. Imperialer Frieden kann gelegentlich mit der Ruhe eines Friedhofs gleichbedeutend sein, und gelegentlich schwingt davon auch etwas in der entsprechenden Friedensbezeichnung mit, aber das ist keineswegs die Regel. Eher steht der imperiale Frieden für eine Zeit, in der in den fraglichen Räumen ein Wohlstand entstanden ist, wie es ihn davor und danach nicht gegeben hat. Das gilt selbst für die pax Mongolica, in deren Folge die Seidenstraße zwischen China und dem Schwarzen Meer bzw. der levantinischen Küste geöffnet wurde und die zentralasiatischen Gebiete davon profitierten.

Anders formuliert heißt das, dass Imperien mit Rechts- und Verkehrssicherheit ein kollektives Gut bereitstellen, das im Grundsatz zwar auch anderweitig verfügbar gemacht werden kann, etwa durch eine kollektive Friedensordnung gleichberechtigter Akteure, aber das ist viel seltener der Fall. Imperien sorgen für Ordnung, wo spontane Ordnungsbildung der unwahrscheinliche Fall ist, und sie ermöglichen nicht selten die Teilhabe an einer Zivilisation, die unter Inanspruchnahme der verfügbaren Eigenmitteln der Peripherie in unerreichbarer Ferne läge. Was sie dafür freilich kassieren, ist kollektive Autonomie der Völker und Nationen und eine darauf begründete Vorstellung von Freiheit. Was das Wichtigere und Wertvollere sei, ist in den jeweiligen Gebieten umstritten. Es ist eine Frage des politischen Kampfes, ob sich die zum Imperium hin orientierten Eliten mit Blick auf Prosperität oder aber die auf ethnischer bzw. nationaler Selbstständigkeit bestehenden Eliten unter der Parole der Freiheit durchsetzen. Das Streitgespräch zwischen dem Cheruskerhäuptling Arminius und seinem in römischem Dienst verbliebenen Bruder Flavus, wie es der Historiker Tacitus schildert, ist dafür ein gutes Beispiel. Über die Weser hinweg rufen sie sich ihre Präferenzen zu und begründen diese: Arminius stellt die Mutter und den heimatlichen Boden heraus, Flavus hingegen spricht von imperialem Ruhm und der Loyalität gegenüber Rom. Diese Kontroverse hat sich seitdem hundertfach wiederholt, und erst im 20. Jahrhundert haben die Kritiker und Gegner der imperialen Ordnung weltweit die Oberhand erlangt.

In Deutschland freilich haben sich die Sichtweisen im Gefolge zweier verlorener Weltkriege, in denen es – auch – um die Errichtung einer hegemonialen bzw. imperialen Ordnung über Europa ging, etwas anders entwickelt. Während vor einem Jahr-

hundert noch des zum Hermann eingedeutschten Arminius' voll anhänglicher Bewunderung gedacht und der Cherusker als Vaterlandsbefreier und erster Deutscher gefeiert wurde, kann davon anlässlich der 2000. Wiederkehr des Jahrestags der Schlacht im Teutoburger Wald nicht mehr die Rede sein. Das zeigen schon die Titel der in diesem Jahr publizierten Bücher: Statt von der Hermannsschlacht ist von der Varusschlacht die Rede, und das partisanische Gemetzel in Wald und Sumpf, das mit der Vernichtung von drei römischen Legionen endete, wird nicht länger als Startschuss der deutschen Geschichte angesehen, sondern als eine bittere Niederlage der römischen Ordnungsmacht. Mit einem Wort: Wir Deutschen haben uns aus der bislang in Anspruch genommenen antiimperialen Geschichte herausgeschlichen und möchten von der kulturellen Herkunft her lieber Bestandteil der römischen Zivilisation als deren barbarischer Widerpart sein. Im abermals sonderbaren deutschen Fall korrespondiert also eine allgemein vorherrschende imperiumsskeptische Grundhaltung mit dem klammheimlichen Bedürfnis, eher zu den Weintrinkern innerhalb des Limes als zu den Metsäufnern außerhalb zu gehören.

Mit Blick auf die eingangs aufgeworfene Frage nach dem (scheinbaren) Ende einer mehrtausendjährigen Epoche der Imperien und der durch sie hergestellten „Welt“-ordnungen stellt sich politikwissenschaftlich freilich die Frage, ob Imperien womöglich einen Gestaltwandel vollzogen haben, in dessen Folge es nicht mehr wesentlich um die Kontrolle von Territorium geht, sondern an dessen Stelle längst die Sicherheit von Strömen getreten ist: Strömen von Menschen, von Kapital, von Waren, von Informationen, und zwar vor allem dort, wo diese Ströme die Grenzen der Staaten überschreiten. Die Sicherung prekärer Ränder bleibt nach wie vor eine der imperialen Herausforderungen, die heute mit der Bezeichnung von failed bzw. failing states belegt ist, aber längst sind andere und erheblich komplexere Aufgaben hinzugekommen, die schwerlich durch gemeinsame Absprachen von bald zweihundert Staaten auf der Erde mit ihren Einzelinteressen und Sonderwünschen getroffen werden können. Die großen Konferenzen, auf denen es um kollektive Güter geht, wie etwa die Bekämpfung des Hungers oder die Begrenzung der Weltklimaerwärmung, sind Beispiele dafür. Ohne die USA geht hier gar nichts, und auch die achten darauf, dass Akteure wie China, Indien und Brasilien mitmachen. Diese wiederum agieren als die Vormächte ihrer Weltregionen, und die dortigen Staaten müssen ihnen nolens volens folgen. Das macht Prozesse handhabbar.

Die Frage einer internationalen Leitwährung, die Regeln der staatenüberschreitenden Kommunikation, die Definition von Informationssicherheit – all das ist für die Merkmale von Imperialität heute vermutlich viel wichtiger als die militärische Kontrolle weltwirtschaftlich bedeutungsloser Gegenden. Diese gewinnen erst an Relevanz, wenn sie über als illegal zertifizierte Güter, wie etwa Rauschgift, auf die Prosperitätszonen Einfluss gewinnen, indem sie sich über die Schattenkanäle der Globalisierung an sie andocken. Diese Güter können zu einer schwerwiegenden Bedrohung der Prosperitätszonen werden, wobei es keineswegs nur um Rauschgift geht, sondern auch um „Blutdiamanten“ oder den Handel mit Menschen, also eine neue Form von Sklaverei, die inzwischen beachtliche Ausmaße angenommen hat. Auch die Europäische Union agiert hier wie

Veranstaltungskalender (in Auswahl)

ALLE FÜR EINEN! KINDER GEGEN MOBBING

15. – 16.3.2010 / Tutzing

Wieso gehören manche dazu und andere eher nicht? Was bedeutet es, ausgeschlossen zu sein? Was sind Gründe dafür? Und vor allem: Was kann man gegen Ausgrenzung auf dem Schulhof tun? Kinder, Eltern und Lehrer entwickeln gemeinsam Strategien und Projekte für ein Miteinander. *Junges Forum*

MEDIZIN – RECHT – ETHIK

17. – 18.3.2010 / Tutzing

Bei medizinischen Entscheidungen müssen zunehmend rechtliche und ethische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Gelegentlich geraten Recht und Ethik dabei mit der Fachmedizin, ab und an auch untereinander in Konflikt. Wie kann aus dem häufigen Spannungs- ein förderliches Kooperationsverhältnis werden?

FRÜHJAHRESTAGUNG DES POLITISCHEN CLUBS

19. – 21.3.2010 / Tutzing

Der Club ist ein Seismograph für gesamtgesellschaftliche Debatten und gibt Impulse für weitsichtige politische Strategien. Zum aktuellen Thema wird rechtzeitig eingeladen.

PAULUS UNTER DEN PHILOSOPHEN

26. – 28.3.2010 / Tutzing

Er war Jude, Apostel Christi, Bürger Roms, sprach griechisch, ein Kosmopolit. Seine Theologie fasziniert: radikale Freiheit, Gottes Gnade als universales Recht. Aktuell sind philosophische, politische, kulturelle, psychologische, soziologische Deutungen von außerhalb.

STADT, LAND, WELT

16. – 18.4.2010 / Tutzing

Internationale Kulturarbeit der Kommunen steht in Zeiten von Globalisierung und Migration vor neuen Aufgaben. Welche Bedürfnisse haben Kulturschaffende heute? Welche Ziele verfolgen die Städte? Welche neuen Konzepte gibt es für Städtepartnerschaften, Festivals, Koproduktionen, Gastspiele, Künstleraustausch?

KINDERARMUT IN DEUTSCHLAND

19. – 20.4.2010 / Tutzing

Warum gibt es im reichen Deutschland so viele arme Kinder? Fachleute diskutieren über die Ursachen der Armut und die Möglichkeiten zu besserer Inklusion von benachteiligten Kindern. Auf dem Prüfstand stehen Arbeitsmarkt-, Familien- und Bildungspolitik. Was können wir von anderen Ländern lernen?

WERT UND INWERTSETZUNG DER BIOLOGISCHEN VIELFALT

23. – 24.4.2010 / Tutzing

Natur ist mehr. Die biologische Vielfalt erbringt zahlreiche Leistungen. Diese gehören nicht nur ökonomisch in Wert gesetzt. Vielmehr sind ökonomische Betrachtungen von Natur ihrerseits in einen gesellschaftlichen und ethischen Kontext eingebunden. Was bedeutet dies für den Naturschutz?

RISIKO UND SICHERHEIT

ein Imperium, wenn sie etwa darauf besteht, dass ihre Vorstellungen von Normen und Werten auch außerhalb ihres Gebietes Geltung haben sollen.

Die neuen Konstellationen sind also alles andere als eindeutig, und Klarheit ist kaum zu gewinnen, wenn man nur die unmittelbare Gegenwart betrachtet. Was nützt und sinnvoll ist, ist vielmehr eine vergleichende Betrachtung der großen Imperien, um daraus Hinweise auf ihre Leistungen, aber auch auf die Ursachen ihres Niedergangs und Verfalls zu finden. Eine der wichtigsten Unterscheidungen ist dabei die zwischen Land- und Seeimperien, weil diese Imperiumstypen ein unterschiedliches Verhältnis von Macht und Wohlstand aufweisen. Seereiche steigern Macht und Wohlstand synchron; Landimperien müssen Machtgewinn in der Regel mit Wohlstandsverzicht bezahlen – und umgekehrt. Seereichsbildungen sind kostengünstig, weil hier die überlegenen technischen und zivilisatorischen Fähigkeiten sehr viel stärker zum Tragen kommen als bei Landreichsbildungen, die überall und jederzeit durch partisanische Kontrahenten angreifbar sind und in teure Abnutzungskriege verwickelt werden. Modellbildung ist freilich das Eine, Wirklichkeitsbeobachtung das Andere. Die meisten Imperien sind Hybride, in denen beide Elemente, Land und See, miteinander verbunden sind. Das Mongolenreich war ein reines Steppenimperium, während die Portugiesen und Niederländer alleinige Seereiche, so genannte seaborne empires, hervorbrachten. Sie gingen nicht in die Fläche, sondern begnügten sich mit Stützpunkten für ihre Flotten, an denen die Warenströme gebündelt und kanalisiert wurden. Aber reine Seereiche hinterlassen kaum zivilisatorische Spuren, und im Prinzip interessieren sie sich auch nicht weiter für die Verbreitung der Zivilisation. Weil sie in ihre Umwelten nur marginal intervenieren, sind sie so kostengünstig. Aber sie verzichten nicht bloß auf Interventionen, sondern auch auf Investitionen. Das, was Kipling einst „des weißen Mannes Bürde“ genannt hat, laden sie sich nicht auf. Das tun eher die Imperien, die auch Werte und Normen durchsetzen. Sie sind dadurch politisch auffälliger und sehr viel leichter angreifbar.

Die Beschäftigung mit der Imperialgeschichte von Rom bis zu den USA war Thema einer Tagung in der Evangelischen Akademie in Tutzing, in deren Verlauf diese Fragen an den konkreten Fällen einzelner Großreichsbildungen untersucht wurden, wobei auch ein Blick auf deren Legitimationserzählungen geworfen wurde. Diese sind nicht selten reichstheologischer Art – sei es nun, dass das Imperium als der große Protagonist des Fortschritts angesehen wird, den es bis in die äußersten Winkel der Welt trägt – eine Sicht, die Karl Marx in seinen Schriften über die britische Herrschaft in Indien vertreten hat –, sei es, dass das Imperium als der große Aufhalter gilt, der die letzte Barriere zum Weltuntergang darstellt, wie man dies in der staufischen Reichsvorstellung findet. Und heute? Wir wissen nicht recht, ob wir auf den Fortschritt und seine weitere Ausbreitung oder aber die Verhinderung der Katastrophe setzen sollen. Aber wir ahnen, dass wir dazu, so oder so, auf imperiale Vormächte angewiesen sind. ■

Gewalt begegnen

Der von Jugendlichen auf dem Münchner S-Bahnhof zu Tode geprügelte Geschäftsmann Dominik B. oder der Amoklauf eines Abiturienten am Gutenberg-Gymnasium in Ansbach lassen die Frage erneut aufkommen, was die Ursachen solcher Gewaltexzesse sind und ob es geeignete Präventionsmaßnahmen gibt.



FOTO: EPD / PROTESTANT

Amoklauf in der Schule. Messer, Gewehre, Bomben: Schwer bewaffnet war ein ehemaliger Schüler in die Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten gestürzt. Er schoss um sich, verletzte fünf Menschen und brachte sich dann um. Mutmaßliches Motiv: Frust. „Ich verabscheue Menschen“, schrieb er in seinem Abschiedsbrief.

Welche Faktoren tragen dazu bei, dass die Gewaltbereitschaft Jugendlicher zunimmt? Ist es die Dominanz visueller Gewalt in den Medien? Ist es die Diskrepanz zwischen zunehmender Armut und wachsendem Reichtum in unserem Land? Ist es die Perspektivlosigkeit Jugendlicher, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden? Oder liegt die Ursache ganz allgemein in der fehlenden Wertevermittlung in unserer Gesellschaft?

Studienleiterin **Roswitha Terlinden** ging diesen Fragen nach. In einem interdisziplinär angelegten Tagungsprojekt erörterten Wissenschaftler die verschiedenen Facetten von Gewaltkarrieren Jugendlicher und beschrieben sinnvolle Strategien gegen die Gewalteskalation. Lesen Sie nachfolgend den Beitrag von Professor **Franz Streng**, Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Erlangen-Nürnberg:

Franz Streng

Aspekte der Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen

Wenig überraschend mutet die grundlegende Erkenntnis an, dass eine liebevolle und konsequente Erziehung höchst bedeutsam ist, um Jugendkriminalität entgegenzuwirken. Da viele Eltern derartigen Anforderungen aber unzureichend gerecht werden, sind unterstützende Maßnahmen der Elternbildung und pädagogischen Assistenz ratsam. Auch könnte bereits in der Hauptschule ein Fach „Erziehungskunde“ eingeführt werden.

Kriminologisch eindeutig belegt ist der Zusammenhang, den man mit „Kreislauf der Gewalt“ benennt. Die aus gewalttätigen Familien entsprossenen Jungen sind überproportional

gefährdet, selbst durch Gewaltausübung aufzufallen. Die Eltern (insbesondere die Väter) demonstrieren ihre Überlegenheit durch Gewaltausübung; trotz der damit verbundenen eigenen Leidensgeschichte wird später dann doch das gewalttätige Verhalten der Väter für die Söhne zum Wegweiser für Anerkennung und Respekt. Freilich stellt sich die Frage, wo und wie man die gewaltfreie Erziehung bei den Eltern propagieren soll. Auch hier wäre ein möglichst frühes Ansetzen und daher das bereits angesprochene Schulfach „Erziehungskunde“ wichtig.

Gewalt in der Schule

Für Überlegungen zur Prävention von Gewalt in der Schule sei zunächst auf Erkenntnisse zu den Ursachen von Schulgewalt eingegangen. Hierfür kann kurz auf Befunde einer von mir geleiteten Untersuchung hingewiesen werden. Es handelte sich um eine Befragung von Schülern mehrerer Schulzweige eines Schulzentrums in einer süddeutschen Mittelstadt.

Das Erklärungsmodell besagt, dass mit Gewaltakten besonders belastet sind:

- die männlichen Jugendlichen;
- die Befragten mit ausgeprägter Macho-Haltung (sich von anderen nichts sagen lassen wollen; nicht nachgeben bei Konflikten);
- wer Konfliktlösung durch Gewalt bejaht;
- die Hauptschüler;
- die Befragten mit einem schlechten Verhältnis zu ihren Lehrern;
- wer gelegentlich Waffen mit in die Schule bringt;
- wer das Schulklima als durch Gewalt geprägt sieht;
- wer angibt, in der Schule viele Gewaltakte beobachtet zu haben;
- wer in der Schule Gewaltopfer geworden ist.

Auffallend ist zunächst, dass die Besonderheiten des Medienkonsums einschließlich der Videospiele in dem dargestellten Erklärungsmodell keinen Platz finden. Viel spricht daher dafür, dass Medienkonsum der auffälligen Art eher ein Symptom für Probleme ist,

als deren Ursache!

Der stärkste beobachtbare Zusammenhang besteht zwischen dem Umfang an Gewaltbeobachtungen in der Schule und den eigenen Gewalt-Aktivitäten. Gleichsinnig weist auch die Globalaussage zur Gewaltbelastung der Schule einen – wenngleich schwächeren – Zusammenhang mit begangenen gewaltsamen Aktivitäten auf. Damit wird der Erklärungsansatz von einer verhaltensprägenden Wirkung der „Gewalt-Subkultur“ zunächst einmal bestätigt.

Naheliegenderweise ist die Bereitschaft dazu, im Umfeld Gewalt und Unfrieden zu sehen, nicht zufällig verteilt. D.h. eine Interpretation des Befundes als rein situativ begründet, geht fehl. Man könnte also argumentieren, es diene die Wahrnehmung eines gewaltbelasteten Schulumfelds manchen Befragten dazu, eigene Gewaltbereitschaft zu legitimieren oder nachträglich zu rechtfertigen. Insoweit lässt sich aber festhalten, dass auch eine zum Zwecke der Ermöglichung oder Entschärfung eigenen Fehlverhaltens gewählte Konzentration auf Gewalt im Umfeld eben eines Umfelds bedarf, das tatsächlich so wahrgenommen werden kann.

Hinsichtlich möglicher Präventionsansätze ist zunächst das Zurücktreten von Erklärungsfaktoren aus dem familiären Bereich und dem Freizeitbereich und das entsprechende Hervortreten schulischer Umfeld-Faktoren relevant. Der Zuständigkeitsbereich der Schulbehörden mit seiner jeweiligen Gewaltprägung stellt unverkennbar eine beachtenswerte Verhaltensdeterminante dar. Deswegen und wegen der vergleichsweise guten Zugänglichkeit und Beeinflussbarkeit gerade der situativen Faktoren im Schulbereich eröffnet sich hier ein wichtiges präventives Aufgabenfeld.

Effektive Ansätze ergeben sich aus der Bedeutung gerade der Gewaltwahrnehmung für Schülergewalt. Ein laissez faire-Stil von Seiten der Schule gegenüber aggressivem Verhalten, auch nur gegenüber Raufereien, oder gar eigene Gewalttätigkeiten der Lehrer gegenüber Schülern begünstigen allem Anschein zufolge das Entstehen eines „ansteckenden Milieus“. Auch in diesem Zusammenhang gilt: Gewalt erzeugt Gewalt! Man wird

zudem aufgreifen können, dass sich die jeweilige Qualität der Lehrer-Schüler-Beziehung für die Gewaltentstehung als bedeutsam erwiesen hat. Und dieses Verhältnis wird zuerst auch von Seiten der Lehrer mit gestaltet. Man sollte sich also um ein Schulklima bemühen, in welchem die Lehrer als Förderer und Forderer, nicht aber als Angst erzeugende Schulmeister erscheinen, die durch Zensuren Druck erzeugen. Man mag darüber nachdenken, ob Zensuren wirklich durchgängig sein müssen, oder ob man sie nicht weitgehend durch als konstruktive Rückmeldung wahrnehmbare verbale Beurteilungen ersetzen kann. Dies könnte Angst vermeiden helfen und auch den Gefahren einer Abstempelung als „schlechter Schüler“ entgegenwirken. Auch lässt sich darüber nachdenken, auch in der Schule den eher schwachen Schülern andere Erfolgserlebnisse zu eröffnen, z.B. im sportlichen oder handwerklichen Bereich.

Eine neuerer Ansatz will die starke Gleichaltrigenbindung junger Menschen nutzen, indem in den Schulen Mediatoren als Streitschlichter ausgebildet und eingesetzt werden. Es handelt sich dabei um einen sinnvollen Ansatz, der Normkonformität und Konfliktbewältigung als Merkmale des Mediators zu statusförderlichen Elementen werden lässt.

Rückfallverhinderung durch Strafrechtseinsatz

Das deutsche Jugendstrafrecht ist Erziehungsstrafrecht, das „vor allem erneuten Straftaten eines Jugendlichen oder Heranwachsenden entgegenwirken“ soll (§ 2 I JGG). Deutlich stärker als im Allgemeinen Strafrecht steht also der präventive Aspekt im Vordergrund; es geht um tertiäre Prävention. Von daher stellt sich die Frage, inwieweit das Jugendstrafrecht diesem Anspruch auch gerecht wird. Ein Blick in Tabelle 1 wirkt insoweit desillusionierend. Es handelt sich hierbei um Daten eines ganzen Jahrgangs des Bundeszentralregisters, weshalb von einer hohen Validität der Daten auszugehen ist. Die Rückfälligkeit wurde dabei als erneute Registrierung im BZR innerhalb von vier

Jahren nach Sanktionierung bzw. nach Entlassung aus freiheitsentziehender Sanktion (im Jahr 1994) definiert.

Nach allgemeinstrafrechtlichen Sanktionen ist die Rückfälligkeit durchschnittlich niedriger als nach entsprechenden jugendstrafrechtlichen. Freilich muss man für die Interpretation dieser in Tabelle 1 niedergelegten Daten berücksichtigen, dass die Kriminalitätsanfälligkeit und damit auch die Rückfallneigung ganz generell mit höherem Alter abnimmt. Die höhere Rückfallneigung der jungen Täter ist von daher nicht überraschend.

Innerhalb der Anwendung des Jugendstrafrechts fällt in Tabelle 1 auf, dass den stationären Sanktionen, nämlich Jugendstrafe ohne Bewährung und Jugendarrest, ein denkbar schlechtes Zeugnis auszustellen ist. Freilich sind hier Selektionseffekte in Rechnung zu stellen. Denn es folgt die Zuweisung zu den verschiedenen Sanktionsformen nicht dem Zufallsprinzip, sondern wird gesteuert durch die Tatschwere und insbesondere auch durch die vom Richter wahrgenommene Rückfallgefahr. Die nach Sanktionsvollzug sich zeigende Rückfälligkeit kann daher nicht einfach einem (mangelnden) Resozialisierungspotential der jeweiligen Sanktion angelastet werden, sondern ist ganz wesentlich auch als Konsequenz der Selektion durch den Richter, nämlich der Zuweisung bestimmter Täter zu bestimmten Sanktionen, anzusehen.

Vergleichsweise gut lassen sich im Rahmen der Therapieforschung Selektionseffekte kontrollieren. So hat man durch methodisch anspruchsvolle Meta-Analysen zur Wirksamkeit von Therapie an Straftätern aufzeigen können, dass die Straftäterbehandlung dann deutlich bessere Wirkung im Sinne von Rückfallverhinderung aufweist, wenn sie ambulant durchgeführt wird, als in Unfreiheit.

Hinsichtlich der Rückfallverhinderungspotentiale von Modifikationen des Jugendstrafvollzugs ist angesichts der Vielzahl intervenierender Determinanten derzeit wenig methodisch wirklich Gesichertes anzuführen, wenngleich viel für die Effizienz von Schulbildung und Ausbildung im Vollzug spricht. Hinsichtlich der Dauer der Unterbringung in

stationärer Sanktion (z.B. Jugendstrafe) haben Studien aus Deutschland wie auch aus dem Ausland gezeigt, dass längere Verweildauer nicht etwa zu niedrigeren Rückfallquoten führt. Dies konnte mittels Berücksichtigung auch von Kontrollvariablen methodisch hinlänglich abgesichert werden.

Die bereits erwähnten Selektionseffekte stellen für die vergleichende Effizienzmessung auch innerhalb der ambulanten Sanktionen ein erhebliches methodisches Problem dar. Erhellend sind diesbezüglich Evaluationsstudien zum Jugendstrafrecht. Es haben solche Untersuchungen zu den Auswirkungen unterschiedlich gravierender Sanktionierung immer wieder zu der Aussage veranlasst, dass formelle Sanktionen (aufgrund Urteils) keinesfalls zu günstigeren, sondern eher zu höheren Rückfallquoten führen als informelle Reaktionen durch die Staatsanwaltschaft unter Verzicht auf Verurteilung (sog. Diversion) – und zwar gerade auch bei ansonsten vergleichbaren Verurteilten mit vergleichbaren Taten. Dies entspricht dem in Tabelle 1 aufgezeigten Bild.

Tabelle 1: Sanktionstyp und Rückfälligkeit nach Jehle/Heinz/Sutterer

	%
Freiheitsstrafe ohne Bewährung	56,4
- Freiheitsstrafe ohne Strafrestaussatzung (Vollverbüßer)	63,6
- Freiheitsstrafe mit Strafrestaussatzung	47,2
Freiheitsstrafe mit Bewährung	44,7
Geldstrafe	30,2
Jugendstrafe ohne Bewährung	77,8
- Jugendstrafe ohne Strafrestaussatzung (Vollverbüßer)	78,3
- Jugendstrafe mit Strafrestaussatzung	77,6
Jugendstrafe mit Bewährung	59,6
Jugendarrest	70,0
Jugendrichterl. Maßnahmen (§§ 9, 13, 27 JGG)	55,2
Diversion (§§ 45, 47 JGG)	40,1

(Quelle: Jehle/Heinz/Sutterer, Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen, 2003, S. 33 ff.)

Der hier naheliegende Methodeneinwand, dass durch die Rückfallstudien lediglich die sanktionsleitenden Negativprognosen der Staatsanwälte und Richter bestätigt worden seien, konnte allerdings für den Bereich der

Jugendstrafrechtspflege unter Auswertung der vorfindbaren regionalen Sanktionsunterschiede ganz wesentlich entkräftet werden. Die gerade nach Verzicht auf formelle Bestrafung sich ergebenden positiven Rückfallergebnisse ganz wesentlich als Sanktionseffekte und nicht allein als selektionsbedingt zu interpretieren, erscheint demnach zumindest für die Massenkriminalität junger Menschen legitim.

Im Rahmen von sogenannter Diversion steht eine breite Palette von Reaktionsformen zur Verfügung, weshalb auf Erziehungsdefizite und Persönlichkeitsprobleme des Beschuldigten auch ohne Anklage und Verurteilung eingegangen werden kann. Etwa lässt sich die Teilnahme des Jugendlichen an einem Anti-Aggressivitäts-Training vereinbaren. Wichtig ist hier das Erlernen des richtigen Einschätzens des Verhaltens anderer Menschen und das Einüben eines deeskalierenden Umgangs mit Konfliktsituationen. Die Teilnahme an einem Täter-Opfer-Ausgleich kann das Einfühlen in die konkrete Opfersituation und das Erlernen von vorausschauenden

GEWALT BEGEGNEN

quenten vereinbaren und dann auch durchgeführten Maßnahmen durch Einstellung des Verfahrens honorieren. Diese am peer group-Ansatz orientierte Option, die in Modellversuchen in Bayern evaluiert wurde, ist bei den juristischen Fachleuten überwiegend auf Skepsis gestoßen – man befürchtet insbesondere zu hartes Vorgehen der Schülergerichte und auch Verfahrensverzögerungen. Evaluationsberichte fallen freilich eher positiv aus.

Schlussfolgerung: Auf der Basis einer vorsichtigen, methodenkritischen Interpretation der vorliegenden bundesdeutschen Untersuchungen lässt sich festhalten, dass eine spezifische Rückfallverhinderung oder aber Rückfallbegünstigung durch harte Sanktionen – zumindest derzeit – nicht beweisbar erscheint. Das schon durch ausländische Untersuchungen nahegelegte Argument einer weitgehenden „Austauschbarkeit der Sanktionen“ unter spezialpräventivem Aspekt findet auch für unser Sanktionssystem Bestätigung. D.h., es spricht auf der Ebene einer generalisierenden Betrachtung alles für eine „Gleichwirkungsthese“, also dafür, dass harte Sanktionen in spezialpräventiver Hinsicht zumindest nicht erfolversprechender sind als alternativ in Frage kommende weniger einschneidende Sanktionen. Allerdings kann die Ersetzbarkeit harter durch weniger einschneidende Sanktionen in spezialpräventiver Hinsicht allein auf der Ebene durchschnittlicher Betrachtung als hinreichend gesichert gelten. Das bedeutet, dass im Einzelfall gute Gründe dafür sprechen mögen, etwa zu stationären Sanktionen zu greifen, wenn bei dem konkreten Täter das Rückfallrisiko oder das Risiko eines Sich-Entziehens einer ambulanten Sanktion als zu groß erscheinen. Diesen Fällen werden wiederum andere gegenüberstehen, in denen die Wahl der härteren Sanktion sich eindeutig nachteilig für die weitere Entwicklung auswirkt.

Zum Schluss: Das Rätsel Amoklauf

Angesichts der großen Aktualität sei abschließend noch auf das Phänomen der Schul-Amokläufe eingegangen, auch wenn hierzu noch wenig kriminologisches Wissen vorliegt.

Wir wissen, dass der typische Täter eher unsicher-ängstlich ist und Probleme mit seinen Mitschülern und mit Menschen über-

haupt hat. Er fühlt sich zurückgestoßen, verachtet und gemobbt. Ob das mehr einer verzerrten Wahrnehmung oder realem Erlebnis geschuldet ist, bleibe dahingestellt. Erstaunlich ist jedenfalls, dass es solche Leidensgeschichten schon immer gab, der Amoklauf in Schulen aber ein neues Phänomen darstellt.

An neuen Entwicklungen, die solche Exzesse begünstigen könnten, fällt einem eigentlich nur die Medienentwicklung ein: Zum einen das Internet und zum anderen die Möglichkeit des Rückzugs in eine durch Gewaltspiele geprägte Phantasiewelt. Es scheint freilich, als hätten Medienberichte über reale Gewalt größere „Ansteckungskraft“ als die Wahrnehmung fiktiver Gewalt in Filmen und Videospielen. Die Folgetaten, etwa nach dem Schulmassaker in der Columbine High School vom April 1999, die sich in den USA und auch in Deutschland (insbesondere Erfurt, Emsdetten und Winnenden) ergaben, sprechen dafür. Beachtenswert ist jedenfalls, wenn immer wieder berichtet wurde, dass Täter sich vor ihrer Tat im Internet mit Vorgängertaten intensiv beschäftigt hatten. Man könnte das hier erkennbare Herostraten-Motiv etwa so nachvollziehen: „Jetzt zeige ich es Euch mal, was für ein Kerl ich doch bin – und ich werde mich damit in den Medien verewigen“. Dieses „Nachruhm“-Motiv im Zusammenhang einer suizidalen Aktion gewinnt durch die im Internet auf lange Dauer erwartbare Publicity besondere Attraktivität.

Diese – wenngleich noch recht ungesicherte – Bestandsaufnahme zeigt schon, wie schwer hier präventiv anzusetzen ist. Der exzessiven Berichterstattung über solche spektakulären Ereignisse entgegenwirken zu wollen, erscheint illusionär. Zum einen steht dem die Pressefreiheit entgegen und zum anderen schafft das Internet ohnehin die Öffentlichkeit, die die Interessierten mit den gewünschten Informationen und Gewalt-Mythen versorgt.

Man weicht daher auf die Diskussion von Zugangskontrollen in Schulen und auf größere Beachtung von Warnsignalen im Verhalten der Schüler aus. Die Schulen zu Festungen auszugestalten, erscheint freilich widersinnig und auch wenig erfolversprechend gegenüber ernsthaft Tatentschlossenen. Auch das stärkere Achten auf Verhaltensauffälligkeiten

und psychische Notsignale dürfte nur begrenzt wirksam sein, nachdem das Verdecken der psychischen Vereinsamung eine Strategie der betroffenen jungen Leute darstellt, um nicht (noch mehr) in eine belastende Außenseiterrolle hineinzugeraten. Gleichwohl erscheint vermehrte Sensibilität nicht zuletzt der „am nächsten dran“ befindlichen Eltern und auch der Verwandten, Freunde und Lehrer immerhin begrenzt erfolversprechend. Freilich müsste sich bei diagnostizierten auffälligen Problemlagen dann der Gang zum Schulpsychologen oder Psychotherapeuten anschließen, um etwas zu bewirken.

Dass Schulen immerhin für ein solides Katastrophenmanagement sorgen sollten, um bei Unglücksfällen solcher oder anderer Art schnell reagieren zu können, erscheint klar. Dem Phänomen des Schul-Amoklaufs bekommen kann man mit solchen Strategien aber natürlich nicht. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
Evangelische Akademie Tutzing
Direktor Dr. Friedemann Greiner
Schlossstr. 2+4; 82327 Tutzing

Redaktion:
Dr. Axel Schwanebeck (verantwortlich)
Tel.: (0 81 58) 251-112; Fax: (0 81 58) 99 64 22
E-Mail: schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de

Anzeigen-Verwaltung:
Dr. Axel Schwanebeck (verantwortlich)
Graphik-Design: Claus Peilstöcker
www.peilstoecker-design.de

Verlag:
Evangelischer Presseverband für Bayern e.V.
Vorstand: Direktor Dr. Roland Gertz
Birkerstr. 22, 80636 München

Druck: Mediengruppe Universal, München
Kirschstr. 16, 80999 München

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Die Tutzinger Blätter erhalten Sie zu folgenden Konditionen:
Einzelheft: 2,50 Euro;
Jahresabonnement: 8,- Euro.

Konto-Verbindung:
Kto.-Nr.: 10 30 531
BLZ: 520 604 10,
bei: Evangelische Kreditgenossenschaft eG,
Kassel

Frühe Hilfen bei häuslicher Gewalt

Kinder, die Gewalt in der Partnerschaft ihrer Eltern erleben, brauchen besonderen Schutz und Unterstützung. Spezifische Angebote wurden bisher vor allem in Bündnissen gegen häusliche Gewalt entwickelt. Wie können frühe Hilfen aktiv werden?



Häusliche Gewalt: Kinder sind die Leidtragenden und oft auch Opfer.

Gewalt tatsächlich sein können und welche rechtlichen Rahmenbedingungen es momentan gibt, die für Frühe Hilfen bei häuslicher Gewalt relevant sein können. Nachfolgend ein Bericht von Reinhold Schäfer und Ruth Gemeinhardt:

Reinhold Schäfer und Ruth Gemeinhardt

Häusliche Gewalt: ein Thema für Frühe Hilfen?

Im Oktober des vergangenen Jahres beschäftigte sich eine Fachtagung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) und der Evangelischen Akademie Tutzing mit dieser Frage. Weitere Veranstalter der Tutzinger Tagung waren die Frauenhauskoordinierung e.V. (Frankfurt) und das Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung (IzKK, München). Mit rund 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Deutschland war die Tagung auf sehr großes Interesse gestoßen.

Häusliche Gewalt, darunter versteht man Gewalt in der Partnerschaft, in diesem Fall also der elterlichen Beziehung. Aber, so betonte es Mechthild Paul vom NZFH, ein Kind sei bei häuslicher Gewalt nie nur Zeuge, sondern stets auch Opfer. Auch Manuela Stötzel vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sah schon vor dem Hintergrund eines auffälligen Anstiegs von Sorgerechtsverletzungen und Sorgerechtsentzug allen Anlass, den Kinderschutz in den Vordergrund zu stellen.

In vielfältiger Weise wird das Kindeswohl durch häusliche Gewalt gefährdet, und nicht selten folgt auf die Partnerschaftsgewalt auch Kindesmisshandlung. Eine große Schwierigkeit ist es, die weitgehend getrennten Arbeitsfelder Schutz bei häuslicher Gewalt und Kinder- und Jugendschutz einschließlich der Frühen Hilfen zu verbinden. Bei der Tagung wurden diese beiden Bereiche verknüpft und die Forderung nach einer Einbeziehung von Kooperationsbündnissen gegen häusliche Gewalt in Netzwerke Früher Hilfen wurde unterstrichen.

Über Gewalt sprechen

Carol Hagemann-White, Professorin an der Universität Osna-brück und Expertin in der geschlechterbezogenen Gewaltforschung, erklärte in ihrem Einführungsvortrag, warum Frühe Hilfen mit den Interventionsnetzwerken der häuslichen

Gewalt in Partnerschaften gehört zu den schwerwiegendsten familiären Belastungsfaktoren, die das Risiko für Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern erhöhen.

Spezifische Hilfeangebote wurden vor allem in Kooperationsbündnissen gegen häusliche Gewalt entwickelt. Insbesondere Frauenhäuser haben sich bislang des Themas „Kinder und häusliche Gewalt“ angenommen. Auch Frühe Hilfen, die Familien mit Säuglingen und Kleinkindern in belastenden Lebenslagen unterstützen wollen, sind häufig mit der Problematik konfrontiert.

Studienleiterin Ulrike Haerendel ging zusammen mit Reinhold Schäfer vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen der Frage nach, wie hilfreich Frühe Hilfen bei häuslicher

FRÜHE HILFEN BEI HÄUSLICHER GEWALT

FRÜHE HILFEN BEI HÄUSLICHER GEWALT



Susanne Nothhafft vom Deutschen Jugendinstitut referierte über die jüngsten Gesetzesreformen im Kinderschutz.

Alexandra Sann (Deutsches Jugendinstitut) und Mechthild Paul (Nationales Zentrum Frühe Hilfen) nutzen eine Pause zum fachlichen Austausch im Foyer. Dort war auch ein Bilderzyklus der Künstlerin Caterina Heim zu häuslicher Gewalt ausgestellt.

Gewalt verzahnt werden müssen. Etwa sechs bis zehn Prozent aller Frauen erleben in ihrer aktuellen Partnerschaft Gewalt, bei Migrantinnen liegt die Quote bei 30 Prozent. Besondere Risikogruppen stellen die unter 35-Jährigen mit geringen Ressourcen, aber auch die über 45-Jährigen, die ihrem Partner gleichgestellt sind, dar. In der jüngeren Gruppe spielen oftmals die Schwangerschaft eine besondere Rolle für die Eskalation hin zur Gewalt. „Die empfundene Gebundenheit steigert sich und dies aktiviert möglicherweise traumatische Erlebnisse aus der eigenen Kindheit“, erklärte Hagemann-White. Bei entsprechenden Hilfen sowohl für Väter als auch für Mütter kann diese Zeit aber auch die Chance für eine Trauma-Bewältigung sein. Deshalb müssten Fachkräfte wie z.B. Familienhebammen lernen, Gewalt zu erkennen und sie anzusprechen. Die in den Frühen Hilfen entwickelten neuen Konzepte multiprofessioneller Fortbildung böten eine Chance dafür.

Partnerschaftsgewalt als Risikofaktor

Heinz Kindler vom Informationszentrum Kindesvernachlässigung/Kindesmisshandlung des Deutschen Jugendinstitutes machte anhand mehrerer Studien die Überlappung von Partnerschaftsgewalt und Kindesmisshandlung deutlich. Zudem werde die Belastung der Kinder durch häusliche Gewalt deutlich

unterschätzt. Häusliche Gewalt habe einen erheblichen Einfluss auf die Erziehungsfähigkeit beider Elternteile. Wenn Frühe Hilfen wirken sollen, müsse auf eine Beendigung der Gewalt hingewirkt werden, etwa durch eine Kooperation mit Täterprogrammen oder eine frühe motivationale Beratung. Auch der Sinn eines „begleiteten Umgangs“ für den gewaltauffälligen Vater sei ohne gleichzeitige Einbindung in ein Täterprogramm fraglich.

Sensible Phase der Bindungsentwicklung

Auf beeindruckende Weise schilderte Karl Heinz Brisch, Oberarzt am Haunerschen Kinderspital des Universitätsklinikums München, dass bereits pränatale Stresserfahrungen Auswirkungen auf die Gehirnentwicklung haben und sogar „weitervererbt“ werden können. Weil besonders im ersten Lebensjahr der Säugling eine spezifische Bindung an eine Hauptbindungsperson entwickle, sei eine emotionale und soziale Mangelversorgung in dieser Zeit folgenreich. Eine sichere Bindung entsteht, erklärte Brisch, wenn feinfühlig auf die Bedürfnisse des Säuglings eingegangen wird. Eine solche sichere Bindung bedeutet für das Kind Schutz und ist Voraussetzung für Empathieentwicklung, Lernen und Stressbewältigung. Die Zeugenschaft von häuslicher Gewalt, von verbalen Misshandlungen bis hin zur körperlichen Gewalt jedoch verhindert

eine sichere Bindung. Eine frühzeitige Intervention habe nicht nur Einfluss auf die Effektivität der Hilfe, sondern auch eine enorme Kostenersparnis im Gesundheitssektor zur Folge.

In insgesamt acht Foren haben die Teilnehmer die Gelegenheit genutzt, sich über spezifische Problemstellungen auszutauschen:

1. Die Professorin Christiane Ludwig-Körner von der Fachhochschule Potsdam stellte das Frühinterventionsprogramm STEEP (Steps towards effective and enjoyable parenting) – ein in den USA seit Jahren erfolgreich erprobtes Programm – vor. Es zielt auf die Vorbereitung hoch belasteter Familien auf das Zusammensein mit ihrem Kind.

2. Beate Lang und Luisa Finzi vom Caritasverband Frankfurt schilderten die Entstehung und Entwicklung des Frankfurter Netzwerks gegen Gewalt gegen Schwangere. Da in ca. 10 Prozent aller Beratungsgespräche häusliche Gewalt thematisiert werde, habe die Frauenberatung des Caritasverbandes Frankfurt begonnen, sich systematisch mit dieser Problematik zu befassen, Standards für die Beratungsgespräche zu erarbeiten und Vernetzungen mit Gesundheits-, Frauenhilfe- und Kinderschutzstellen zu suchen.

3. Angelika May vom Interventionsprojekt SIGNAL in Berlin stellte das Bundesmodellprojekt „Medizinische Intervention gegen



Auf dem Abschlusspodium diskutierten Expertinnen aus der Frauenhilfe und dem Kinderschutz über die Ergebnisse der Tagung mit Blick auf die Praxis. Mit dabei waren auch Manuela Stötzel und Birgit Schweikert (erste und zweite von links) vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Gewalt“ (M.I.G.G.) vor. Zentrales Ziel ist die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen mit Gewalterfahrungen. Ärztinnen und Ärzte sowie das Pflegepersonal in Kliniken seien oft die einzigen, die Gewaltfolgen bemerken; eine stärkere Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte wurde im Forum angemahnt.

4. Haci-Halil Uslucan von der Universität Potsdam beleuchtete kulturspezifische Hintergründe bei häuslicher Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund. Dazu gehören u.a. eine vergleichsweise frühe Elternschaft, die die Entwicklungsbedürfnisse der jungen erwachsenen Männer wie Frauen blockiere, aber auch traditionelle Geschlechterrollenbilder, die männliche Dominanz, exklusive Sexualität von Frauen in der Ehe und die Neigung zu innerfamiliärer Konfliktregelung bedeuteten.

5. Waltraud Dürmeier von der Frauenhilfe München stellte anhand eines Fallbeispiels die Arbeit im Frauenhaus vor. Es ging um die Unterstützungsleistung eines Frauenhauses und um die vernetzte Arbeit bei Sorge- und Umgangsrecht.

6. Jörg Fichtner vom DJI München beleuchtete das Thema Frühe Hilfen für die Fälle, in denen durch extrem zerstrittene Eltern eine erschwerte Gesamtsituation vorliegt. Sowohl das gesetzlich vorgeschriebene Beschleunigungsgebot als auch das vorgesehene „Hilfen auf Einvernehmen“ während des gesamten gerichtlichen Verfahrens stelle in Fällen häuslicher Gewalt eine besondere Herausforderung dar. In solchen Fällen müsse erst die Gewalt beendet sein, bevor wei-

tere Hilfen in Betracht gezogen werden können.

7. Christoph Liel vom Münchner Informationszentrum für Männer stellte Täterprogramme vor, die bislang meist nicht in Frühe Hilfen eingebunden sind. Als eine Perspektive für die Arbeit mit Vätern wurde daher die Verknüpfung von begleitetem Umgang mit einem gewaltzentrierten Täterprogramm genannt, die durch Beratungsaufgaben in Familiengerichtsverfahren erwirkt werden kann.

8. Heike Herold stellte die Koordinierungsstelle CORA in Rostock und ein landesweites Kooperationsprojekt gegen häusliche Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern vor. Schwerpunkte der Arbeit von CORA sind der Aufbau interdisziplinärer Kooperation sowie pro-aktiv tätiger Interventionsstellen für Erwachsene, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Zudem wurden spezifische, niedrigschwellige Beratungsangebote für betroffene Kinder und Jugendliche geschaffen.

Schnelle Einvernehmlichkeit dient nicht unbedingt dem Kindeswohl

Susanne Nothhafft, die als Juristin im Informationszentrum Kindesvernachlässigung/Kindesmisshandlung im Deutschen Jugendinstitut tätig ist, gab einen Überblick über jüngste juristische Reformen im Kinderschutz. Sie betonte, dass 0- bis 3-Jährige in der Rechtsprechung nicht explizit angesprochen werden, dass außerdem verschiedene Gesetze ineinander greifen müssen, ohne den Schutz der Frauen gegen den Schutz der Kinder auszuspielen. Ein Problem stellt die Fokussierung auf den Erhalt der Familie durch

Stärkung des Umgangsrechtes dar, wenn häusliche Gewalt vorliegt. Richter haben keine Fortbildungspflicht und so komme es zu Verfahren, in denen dieses Problem gar nicht thematisiert wird. Eine Verfahrensbeschleunigung soll dem Kindeswohl dienen und birgt aber in sich Gefahren, wenn eine mehrdimensionale Gefährdungseinschätzung vorgenommen werden muss. Gegen Umgangsentscheidungen können nur dann Rechtsmittel eingelegt werden, wenn der Umgang ausgeschlossen worden ist, nicht im umgekehrten Fall.

Wie gute Kooperation gelingt

Barbara Kavemann, Professorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin, stellte Ergebnisse und Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung mehrerer Interventionsprojekte gegen Häusliche Gewalt in Deutschland vor. Sie erläuterte, welche Voraussetzungen für eine gelungene Kooperation gegeben sein müssen. Ein konstruktiver Austausch erfordert: Klarheit und Einigkeit über ein realistisches Ziel, Anerkennung und Wertschätzung des Experten- und Expertenstatus der Kooperationspartner, Klarheit über Entscheidungsbefugnisse, Kenntnis über Auftrags- und Arbeitsweisen der Kooperationspartner, Überzeugung von Nutzen und Praxisrelevanz sowie eine Rückkopplung an die Beteiligten. Gemeinsame interdisziplinäre Fortbildungen, aber auch der politische Wille und die gesellschaftliche Solidarität und Anerkennung seien Grundlage für das Gelingen. Kavemann forderte einmal mehr dazu auf, Netzwerke Früher Hilfen mit den Kooperationsbündnissen gegen häusliche Gewalt zu verknüpfen. ■

Homer Simpson erklärt die Welt

Ob James Bond, Lara Croft oder Homer Simpson – sie erklären uns die komplizierten Zusammenhänge der Welt auf ihre Weise. Allerdings sind ihre Deutungs- und Handlungsmuster nur erdachte Fiktion und konstruierte Wirklichkeit. Gleichwohl beeinflussen und prägen sie unser Denken und Handeln mit. Mit welchem Resultat?

Massenmedien gelten gemeinhin als Bewusstseinsindustrie. Sie beeinflussen in erheblichem Maß unser Empfinden und unsere Vorstellung von Welt und Wirklichkeit. Damit nehmen sie zugleich Einfluss auf unser Wissen über die Realität, auch über Politik und Geschichte. Doch funktionieren politische Ordnungen und Macht wirklich so wie bei Lara Croft? War der Kalte Krieg wirklich so spannend wie James Bond es uns glauben macht? Welches vermeintliche Wissen über Geschichte und Politik vermitteln die Welt-Bilder der Medien-Helden?

Diesen Fragen ging Studienleiterin Petra Schnabel im Jungen Forum näher auf den Grund. Mag. phil. Patrick Steinwider, der als freier wissenschaftlicher Autor und Übersetzer arbeitet, verfasste nachfolgenden Bericht:

Patrick Steinwider

Jenseits der Unschuld, diesseits der Politik. „Die Simpsons“ als (kritische) Medien-Lernwelt.

Ende der 1980er Jahre schuf der US-amerikanische Comiczeichner und Karikaturist Matt Groening seine Comedy-Zeichentrickserie „Die Simpsons“. Mittlerweile in ihrer 20. Staffel angekommen, ist die Serie seit Beginn der 1990er Jahre weltweit und auch im deutschsprachigen Raum ein beträchtlicher Erfolg. Sie wird von Kindern und Jugendlichen, jungen und älteren Erwachsenen gesehen, geliebt und diskutiert.

„Die Simpsons“ – wer oder was ist das eigentlich?

Die zentralen Hauptfiguren der Serie sind die Mitglieder der titelgebenden Familie Simpson mit dem Vater Homer, einem einfältigen, übergewichtigen Kernkraftsicherheitsbeauftragten, der geplagten, aber liebevollen Mutter und Hausfrau Marge, sowie deren gemeinsamem lernfaulen, aber gewitzten Sohn Bart (konstant 10 Jahre alt), der intelligenten und musikalischen Tochter Lisa (8 Jahre) und Maggie, dem schnuller-nuckelnden Baby.

Jede dieser im Grunde sehr sympathischen Figuren entwickelt bei all der typischen Komik und Klischeehaftigkeit im Laufe der vielen Episoden durchaus eine charakterliche Tiefe und deutliche Konturen, die an dieser Stelle auch nur anzudeuten definitiv zu weit führen würde. Um sie herum scharen sich an die 30 illustre Nebenfiguren, die mal öfter, mal weniger oft in Erscheinung treten und in einzelnen Episoden sogar zu Haupthandlungssträngen gerieren können.

Zu den abstrakten Settings gehört auf der anderen Seite die Medienwelt selbst: Sie spielt in den „Simpsons“ eine permanente wichtige Rolle, und das nicht selten in direktem oder indirektem Zusammenhang mit den Themen Schule und Lernen. Immer wieder thematisiert wird der brisante Zusammenhang zwischen (Schul-/Medien-)Pädagogik und (Schul-/Medien-)Politik, manchmal subversiv, oftmals aber auch auf eine ziemlich direkte Art und Weise.

Ich möchte demgemäß darlegen, warum und in welcher Form sich die „Simpsons“ für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Lehren/Lernen eignen, indem ich einzelne Elemente ausgewählter Episoden in Beziehung zu den Gedanken zeitgenössischer Theoretiker wie Henry A. Giroux und Douglas Kellner setze. Beide zählen zu wichtigen Vertretern der Cultural Studies, in deren



Im Dezember 2009: Eine Kultfamilie feierte Geburtstag. Die Simpsons wurden 20 Jahre alt.

Werk der (Medien-)Pädagogik eine entscheidende Rolle zukommt.

„Die Simpsons“ als Diagnostische Kritik

Mit Douglas Kellner eignen sich Produkte der Medien- und Populärkultur nicht nur als Gegenstand der Analyse – sie können auch selbst kritische Analysen der gegenwärtigen Gesellschaft und Kultur liefern. Kellner nennt diese Zugangsweise eine „Diagnostische Kritik“ und erklärt, dass sie wichtige Einsichten in die politische Situation und „in die Stärken und wunden Punkte der kämpfenden politischen Kräfte und in die Hoffnungen und Ängste der Bevölkerung“ bieten kann. Medienkultur diagnostisch zu lesen bedeutet, die Gesellschaft und ihre Zeitgeschichte(n) durch jene medialen Texte zu lesen, die sie hervorbringt – und umgekehrt. Dabei stoßen wir sowohl auf dominante Ideologien der vorherrschenden Macht-konstellationen als auch auf widerständige Elemente, die diese Ideologien herausfordern und ihnen widersprechen.

Der Kritische Pädagoge Henry A. Giroux verlangt nun danach, die akademische Kritik mit dem „öffentlichen Wissen“ (public knowledge) und mit politischen Interventionsstrategien zu verknüpfen. Bildungsarbeit muss demzufolge sowohl inner- als auch außerhalb der Schule(n) mit dem verknüpft werden, was das demokratische Ziel und die demokratischen Einrichtungen erweitern hilft, und sie muss sich andererseits damit befassen, wie und wodurch die Bedingungen für Demokratie unterlaufen werden.

In seinem Buch „Stealing Innocence“ (2000) behandelt Giroux drei gesellschaftspolitische „Mythen“, die er eindrucksvoll vorführt und brillant dekonstruiert. Einen dieser Mythen, der sich um das Bild von Kindheit dreht, möchte ich hier aufgreifen und anhand der „Simpsons“ illustrieren.

Die Konstruktion von Kindheit

Es geht hierbei um die Konstruktion von Kindheit und die Rollen, die Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft gewaltsam zugewiesen werden. Giroux identifiziert hier zwei problematische vorherrschende Sichtweisen, die er beide ablehnt: Einerseits ist es das Phänomen der „Unschuld“, das Kinder als apolitische Wesen außerhalb der eigentlichen Ge-

sellschaft postuliert; zum anderen der vermehrt zu beobachtende „Angriff auf Kinder“, der diese als schwierige Problemfaktoren und verdorbene Aggressoren darstellt, die es mit einer reaktionären, neokonservativen Form der Bildung zu disziplinieren gelte.

Zur näheren Beschreibung beider Aspekte habe ich die „Simpsons“-Episode „Allgemeine Ausgangssperre“ ausgesucht, weil sie zu diesen Fragen Stellung bezieht: Sie beginnt damit, dass der Vater Homer und ein paar seiner Freunde nach einer Sportveranstaltung in angetrunkenem Zustand ausgerechnet das Schulgelände zerstören. Sie dringen mit dem Auto sogar in das Gebäude ein, hinterlassen eine Spur der Gewalt und verfügen später über keinerlei Erinnerungen an ihren vandalistischen Akt. Am nächsten Tag berichtet das lokale Fernsehen unter dem Aufmacher „Rowdytum, Respektlosigkeit und Unverantwortlichkeit“ vom Tatort. Als der Polizeichef in einem Interview nach Verdächtigen gefragt wird, gibt dieser zu, keine konkreten Hinweise zu haben und fügt hinzu: „Daher haben wir beschlossen, dass dies das Werk undankbarer Punk-Kinder war.“

Giroux beschreibt auf eindrucksvolle Weise, wie Kinder in unserer Gesellschaft vermehrt als unhöflich, unverantwortlich und wild dargestellt werden, und das nicht nur in den Medien, sondern auch von ihren eigenen Eltern, Familien und den Sprechern von Institutionen wie Lehrern, Erziehern, Direktoren. Jugendliche werden als eine Ansammlung von Problemen präsentiert, die die Gesellschaft in den Griff bekommen muss: Jugendkriminalität, minderjährige Schwangere, Drogengebrauch sind nur einige der ständig bemühten Schlagwörter. Durch derartige Darstellungen, so Giroux, wird nicht nur die Komplexität von Kindheit verschleiert, sondern auch jeglicher Blick auf die Machtstrukturen vernebelt, die gegen Kinder arbeiten. Außerdem entschuldigen sie die eigentlich verantwortlichen Erwachsenen – so wie in der erwähnten „Simpsons“-Episode die Anklage gegen die Kinder die Erwachsenen automatisch von ihrer Verantwortung entlastet.

In Wirklichkeit sind die Erwachsenen bzw. die Gesellschaft die wahren Aggressoren, die Kindern und Jugendlichen die Chancen auf eine gute Ausbildung nehmen (die Erwachsenen zerstören die Schule im wahrsten Wortsinne) und diskursiv Gewalt auf Kinder ausüben, vor allem auf dem Bereich der Kultur, und dies sowohl ideologisch als auch institutionell:

HOMER SIMPSON ERKLÄRT DIE WELT

Polizeichef Wiggum verhängt in den „Simpsons“ als Strafe für die Verwüstung der Schule eine Ausgangssperre: „Jedes Kind, das sich nach Einbruch der Dunkelheit auf der Straße aufhält, wird erschossen“, erklärt er im Fernsehen. Eine ähnliche Art Kriegserklärung ortet Giroux in vielen zeitgenössischen Äußerungen und medialen Phänomenen; schrecklichen realen Beigeschmack erhält diese militante Aussage auch durch die Dämonisierung von Kindern von Seiten reaktionärer Politiker wie beispielsweise Jim Pittis, der im US-Bundesstaat Texas versuchte, die Todesstrafe für Kinder ab 11 Jahren einzuführen.

Die Darstellung von Kindern als drohende Gefahr für die Gesellschaft und ihre Werte, die es mit möglichst harten Mitteln zu bekämpfen gilt, erfährt besondere Verbreitung durch eine Serie von medialen Repräsentationen. Sehr erfolgreiche Spielfilme wie „Kids“ (1995) und „Eiskalte Engel“ (1998) stellen ihre Forderungen nach einer Zwangsdisziplinierung von aggressiven, gefährlichen Kindern und Jugendlichen, die hier dämonisiert werden.

Giroux sieht darin einen Ausdruck der Krise, in der sich die Demokratie bzw. die Bildung selbst zunehmend befinden: Kinder können in solch einem feindlichen Umfeld weder wachsen noch überleben. Er fordert einen Diskurs der Hoffnung statt dieser Rhetorik des Zynismus: Wenn sich etwas an der alarmierenden Situation ändern soll, dann ist keine Verdammung der Kinder die Lösung, sondern im Gegenteil ein Begreifen von Kindheit als historischer Konstruktion, die immer in Verbindung mit Machtverhältnissen zustande kommt. Zudem ortet Giroux ein Hauptproblem in der falschen Auffassung der Beziehung zwischen Kindern und Erwachsenen, denn was seiner Ansicht zufolge vom Verschwinden bedroht ist, sind die sozialen Bindungen zwischen ihnen, und es fehlt ein Verständnis dafür, wie Kinder Beziehungen zueinander und zu den Erwachsenen tatsächlich erfahren und aushandeln.

Als Bart und Lisa Simpson von der Ausgangssperre hören und mutig an ihre Rechte erinnern, antworten ihnen die Eltern lachend: „Natürlich, ihr habt das Recht, zu schweigen.“

– Lisa protestiert: „Aber das ist nicht fair. Erwachsene geben immer den Kindern die Schuld für alles.“ Vater Homer antwortet ihr mit den Worten: „Naja, wenn Kinder wirklich so unschuldig sind, warum ist dann alles Böse nach ihnen benannt? ‚Sich kindisch aufführen‘, ‚Kidnapping‘, ‚Kindesmissbrauch‘...“ Diese Art des höhrenden Zynismus (der hier selbstverständlich auf die Spitze getrieben wird) und der Lächerlichpreisgebung von Kindern ist es, die Giroux in den Gedanken der Erwachsenen ortet, und er prangert diese Sichtweise auf Kinder als kontraproduktiv an, wenn es um die Demokratisierung der Bildung geht.

In der „Simpsons“-Folge „Allgemeine Ausgangssperre“ wissen wir nun aber als Publikum, dass den Kindern unrecht getan wird, und zu ihrem und unserem Glück wissen das in der Episode auch die Kinder selbst. Nun wird der mächtigen Medien- und Populärkultur ständig vorgeworfen, sie habe einen schlechten Einfluss auf Kinder und Jugendliche. In dieser „Simpsons“-Folge wird dieses Urteil nicht nur in Frage gestellt, sondern auch gezeigt, welche wesentliche Rolle Medien im Leben der jungen Leute spielen und somit den Kindern das zugestanden wird, was ihnen von neokonservativen Anti-Popkulturhaltungen verwehrt wird: ein produktiver Handlungsspielraum. In diesem Zusammenhang fordert Giroux auch, Medien in die Bildungsarbeit mit einzubeziehen. Medien müssen ernsthafte Objekte der bildungswissenschaftlichen Analyse und des Lernens selbst werden, ebenso wie Schulen Medienkompetenz und Medienproduktion zum zentralen Bestandteil des Lernprozesses und der Jugend machen müssen.

Kinder als nicht unschuldige, sondern politische Wesen

Die andere fatale Kategorie, die das Bild von Kindheit prägt, ist jene der Unschuld. Diese scheinbare Antithese zur oben erklärten Vorstellung, Kinder wären eine gefährliche Bedrohung, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen gleichsam als deren Grundbedingung: Dieser vorherrschenden Logik zufolge

werden Kinder in ihrer ihnen eigenen, ursprünglichen Unschuld verdorben und deshalb zu einer Gefahr für die Gesellschaft und deren Werte, welche wiederum Kinder als unschuldige Wesen etablieren will. „Unschuld“ wird in dieser Zuschreibung derart begriffen, dass Kinder vorgeschichtliche, vorsoziale, primitive Wesen ohne Vernunft darstellen, die instinktiv und unbehelligt außerhalb der Gesellschaft leben.

Die Gefahren, die in dieser Konzeption der Unschuld liegen, sehen Theoretiker wie Giroux darin, dass den Kindern damit das Recht auf Handlung und Autonomie von vornherein abgesprochen wird. Zugleich werden sie als „passiv“ und „rein“, also frei von jeglicher Eigenständigkeit und politischen Fragen konstruiert, wo sie doch aber augenscheinlich im Brennpunkt des „Kampfes um Bedeutungen“ stehen. Damit, so Giroux, werden Kinder unsichtbar und treten nur noch in den Projektionen der Fantasien der Erwachsenen auf, denn das Konzept der „Unschuld“ erhält seine Bedeutung durch ein komplexes Zusammenspiel von semiotischen, medialen und sozialen Registern.

Eine solche Auffassung von Kindheit, die diese nicht als historische, soziale und vor allem politische Konstruktion erkennt, erlaubt es den Erwachsenen erneut, keine Verantwortung für die Rolle zu sehen oder zu übernehmen, die sie selber im Scheitern von Kindheit haben. Kindheit ist im Gegenteil kein natürliches Stadium von Unschuld, sondern vielmehr eine kulturelle und politische Kategorie, die mit sehr praktischen Konsequenzen verbunden ist, wie Erwachsene über Kinder denken und wie Kinder sich selbst sehen.

(Mag.phil. Patrick Steinwider, studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaft mit Schwerpunkt Medienpädagogik in Klagenfurt und Bologna. Er arbeitet als Theaterpädagoge am Stadttheater Klagenfurt sowie als freier Regisseur, Autor und Übersetzer. Der vorliegende Text ist die Kurzfassung eines gleichnamigen Artikels, erschienen in MEDIEN-IMPULSE, hg. vom österr. Bundesministerium für Unterricht und Kunst.) ■

In eigener Sache



Professor Eckhard Nagel (li.), Präsident des 2. Ökumenischen Kirchentages und Professor Hans Joachim Meyer (re.), scheidender Vorsitzender des Zentralkomitees der deutschen Katholiken besprachen Details in Tutzing.

Vorbereitung zum 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München

Am Freitag, den 30. Oktober 2009, trafen sich das Gemeinsame Präsidium des Ökumenischen Kirchentages in der Evangelischen Akademie Tutzing, um den 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 vorzubereiten. Der Kirchentag wird gemeinsam vom Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) veranstaltet.

Konsens konnte bei dieser Konsultation darüber erzielt werden, dass es in München als „ökumenisches Zeichen“ eine sogenannte Agapefeier nach orthodoxem Ritus geben solle. Bei dieser Vesper solle Brot gesegnet und nach dem Gottesdienst an die Teilnehmer verteilt werden. Allerdings dürfe die geplante Agapefeier nicht als gemeinsames Abendmahl missverstanden werden, betonten die Präsidiumsmitglieder. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass in der kirchlichen Liturgie das so genannte Agape- oder „Liebesmahl“ an Feiern der frühen Christenheit erinnert. Es handelt sich dabei um ein festliches Essen, jedoch ohne den Charakter eines Abendmahls.

Unklar blieb bei dem Vorbereitungstreffen, wie das Vorhaben konkret umgesetzt werden solle. Dazu sind weitere Beratungsgespräche notwendig, hieß es unter den Teilnehmern dieser ersten Sitzung.

Neben dem Agapemahl gibt es auch die Idee einer langen Tischreihe durch die Münchner Altstadt. Die orthodoxe Form solle als ein Symbol der Tischgemeinschaft dienen. Dabei handele es sich um eine klare Abgrenzung zur Abendmahlsfeier. Man hoffe damit, trotzdem etwas Verbindendes zwischen den Christen verschiedener Konfessionen gefunden zu haben, sagte der evangelische Präsident des 2. Ökumenischen Kirchentages, Professor Eckhard Nagel. Von einem ökumenischen Zugewinn und einer liturgischen Öffnung der Agapefeier sprach Professor Hans Joachim Meyer, scheidender Vorsitzender des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. ■



Spatenstich des Akademiedirektors unter Beifall der Akademie-mitarbeiter.

Das Fällen der Linde

Wer kannte sie nicht, die fast 150 Jahre alte Linde im Schlosspark? Unweigerlich begegneten die Tagungsgäste diesem markanten Baum, wenn sie in den Pausen den Weg an das Seeufer beschritten. Eine kleine weiß gestrichene Bank lud am Fuße des Baumes zum Verweilen ein. Von hier aus konnte man unter dem Dach der Äste den Blick auf den See besonders gut genießen. Jetzt musste der Prachtbaum aufgrund einer schweren Pilzerkrankung gefällt werden. Baumsachverständige hatten festgestellt, dass die Linde von der Brandfladen-Kohlenbeere (*Hypoxylon deustum*) befallen war und damit die Verkehrssicherheit des Baumes nicht mehr gewährleistet werden konnte. Die Baumexperten hatten sodann der Verwaltung der Akademie empfohlen, als Ersatz einen Spitzahorn zu pflanzen. Und so geschah es. Akademiedirektor Friedemann Greiner legte am 26. November 2009 unter den aufmerksamen Blicken und heiteren Zurufen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst Hand an, als der knapp zehn Meter hohe Baum eingesetzt wurde. Der Spitzahorn, so sagt man, soll wohl schnell wachsen und später einmal eine Höhe von 30 Metern erreichen. Dann bliebe zur Ergänzung des Gesamtensembles eigentlich nur noch die kleine weiße Bank, um nun wieder unter dem Dach des Spitzahornes den Blick auf den See genießen zu können. ■

Ab sofort: neue Kammermusikserie in Tutzing ...

... mit Solisten aus dem Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks!

Ab dem Frühjahr 2010 werden im Musiksaal von Schloss Tutzing regelmäßig Solisten aus dem Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks mit Kammermusik zu erleben sein. Mit dieser neuen Serie – jeweils am Sonntagabend – vertieft die Evangelische Akademie Tutzing ihre Zusammenarbeit mit dem Symphonieorchester des BR und erweitert das Musikleben in Tutzing um einige hochklassige Konzerte. Freunde von Kammermusik auf höchstem Niveau – im edlen Ambiente des Schlosses Tutzing – sollten dabei voll auf Ihre Rechnung kommen.

Sonntag, 14. Februar 2010, 18 Uhr:
Kammerkonzert 1 – „Drei Quintette“ von Wolfgang Amadeus Mozart, Ladislav Kupkovic und Antonín Dvorák



Freundeskreis
Evangelische Akademie Tutzing

Der Freundeskreis der Evangelischen Akademie Tutzing feierte im Herbst des vergangenen Jahres sein 60-jähriges Bestehen. Ein Rückblick auf die Jubiläums-Tagung von dem Vorsitzenden des Gesamtfreundeskreises, Professor Hans-Joachim König:

Erinnerungen für die Zukunft

Auf seiner Sommertagung vom 4. bis 6. September 2009 im Schloss Tutzing unternahm der Freundeskreis zur Feier seines 60-jährigen Bestehens eine Zeitreise durch die vergangenen Jahrzehnte und stellte sie in den Kontext der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Beide, Freundeskreis und Bundesrepublik, wurden 1949 in einer Situation gegründet, als es galt, nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur Staat und Gesellschaft neu zu ordnen, und gerade die Akademien in der Wiederaufbauphase mit der Besinnung auf die christliche Botschaft Orientierungshilfe leisten wollten.

Mit dem Obertitel der Jubiläumstagung „Erinnerungen für die Zukunft“ war angedeutet, dass es nicht bloß darum ging, sich nostalgisch an die schönen Seiten dieser 60-jährigen Entwicklung zu erinnern. Vielmehr war beabsichtigt, mit den Erinnerungen zu erkennen, wie die Gesellschaft in Deutschland und der Freundeskreis das wurden, was sie heute sind. Indem Spuren der Vergangenheit gegenwärtig wurden, sollte das gemeinsame Erinnern zur Selbstvergewisserung beitragen und Perspektiven für die Zukunft liefern.

Das gemeinsame Erinnern war als eine Zeitreise durch 60 Jahre gestaltet. Diese machte an fünf Stationen Halt. Literarische Texte, rezitiert von der Schauspielerin *Silvina Buchbauer*, stimmten auf das jeweilige Jahrzehnt ein. Auf den fünf Stationen, die mit Stichworten kurz charakterisiert waren, ließen Persönlichkeiten, welche die Entwicklung der Bundesrepublik teils aktiv mitgestaltet, teils aufmerksam beobachtet haben, Freunde der Akademie und teils sogar Mitglieder des Freundeskreises sind, das Auditorium an ihren persönlichen Erinnerungen teilhaben.

STATION I stand unter dem Motto „Gründerjahre und Wirtschaftswunder – Träume und Identitätssuche“. Sehr eindringlich gab *Dr. Dr. h.c. Hildegard Hamm-Brücher*, ab 1948 Münchner Stadträtin, ab 1950 jüngste Landtagsabgeord-



Die Schauspielerin *Silvina Buchbauer* und *Boris Bergmann* am Flügel ließen die vergangenen 60 Jahre mit Chansons im Musiksaal und einer Schlagerparade in den Salons heiter-kabarettistisch Revue passieren.

nete im bayerischen Landtag und „von Anfang an [...] brennend interessiert, an der politischen und moralischen Erneuerung unseres Landes teilzuhaben“, einen Rückblick auf die Gründung der Bundesrepublik und auf die darauf folgenden Fünfziger Jahre. Sie machte deutlich, wie mit dem Grundgesetz zwar das erforderliche Fundament für eine Neuordnung gegeben war, aber das Demokratieverständnis und die Akzeptanz von Demokratie als Lebensform zunächst noch zarte Pflänzchen waren und gegen konservativ-reaktionäre Tendenzen erst anwachsen mussten. Dass dies in den Fünfziger Jahren gelang, sah *Dr. Hamm-Brücher* durch den ersten Bundespräsident Theodor Heuss und den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer gewährleistet. Doch auch heute noch erfordert Demokratie, dass die Bürger sich für sie wirklich interessieren.

Auf **STATION II**, die den Titel „Kalter Krieg, Aufbruch und Umbruch – Krise und Kulturvolte“ trug, erinnerte sich *Prof. Christoph Lindenmeyer*, heute Koordinator für kulturelle Beziehungen und Projekte bei der Hörfunkdirektion des BR, an die Sechziger Jahre, die er als Schüler und Student erlebte, schon

damals journalistisch tätig. In einer Fülle von Bildern und sehr persönlichen Eindrücken tippte er weltpolitische und nationale Ereignisse an, die ein weites Panorama dieses interessanten Jahrzehnts ergaben: Die Bundesrepublik ein wirtschaftlich relativ stabiles Land mit lange zugedeckten, nun aufbrechenden gesellschaftlichen Problemen und Diskussionen wie z.B. die braune Vergangenheit hoch gestellter Persönlichkeiten, Generationenkonflikte, Diskussion um Bildungsreformen/Mitbestimmung und Umweltschutz besonders an den Universitäten und in der APO, unverhältnismäßige Reaktionen gegen demonstrierende Studenten, Kommunikationsdefizite.

Die Erinnerungen auf **STATION III**, „Ostpolitik, RAF-Terrorismus, Reform-Stagnation – Tendenzwende“, die *Dr. Hans de With*, parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium in der Regierung Helmut Schmidt der Sozialliberalen Koalition, vortrug, zeigten die Siebziger Jahre als ein Jahrzehnt mit Aufbrüchen und Gefährdungen. Die Jugend- und Studentendemonstrationen der 68er Jahre hatten keineswegs nur lautstarke radikale Tendenzen sichtbar werden lassen; der Wille zur Veränderung und Teilnahme am politischen Wirken

hatte die sozialliberale Koalition ermöglicht. Diese setzte gemäß der Regierungserklärung von Willy Brandt – „wir wollen mehr Demokratie wagen“ – ein umfangreiches Reformprogramm wie z.B. § 218 durch und ordnete die Ostpolitik neu. Nicht die erste Ölkrise im Jahr 1973 mit der nachfolgenden Rezession, nicht die gewalttätigen Demonstrationen am Kernkraftwerk Brokdorf im Jahr 1977 gefährdeten die Republik. Die Bedrohung ging vom Terrorismus der RAF im Anschluss an Ermordungen und Entführungen im Herbst 1977 aus. Hautnah ließ *Dr. de With* das Auditorium an den Entscheidungen von Kanzler Schmidt und dem Krisenstab teilnehmen, die belegten, dass sich die „demokratische Republik [...] handlungsfähig zeigte“ und der Staat nicht erpressbar war.

Auf **STATION IV** „Wandel durch Annäherung, restaurative Starre – Protestbewegungen“ zeichnete *Josef Deimer*, 35 Jahre lang Oberbürgermeister der Stadt Landshut und heute Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetages, in seinen Erinnerungen die Achtziger Jahre als ein Jahrzehnt, in dem sich trotz unterschiedlicher politischer Standorte ein Denken in ökologischen Zusammenhängen, auch im Sinne des Sozialstaats entwickelte. Anstöße für solches Denken kamen aus zahlreichen Protestbewegungen, Friedensbewegungen im Kontext des Nato-Doppelbeschlusses und unzähligen Bürgerinitiativen u.a. gegen Atomkraftwerke. Diese operierten nicht immer gewaltfrei, waren teilweise auch naiv, doch hält Deimer sie gerade aus der Sicht des Kommunalpolitikers für berechtigte Konkurrenten zu verkrusteten Parteien. Seiner Meinung nach hieß und heißt Demokratie vor Erosionen zu schützen: „Alternativen in der Sache zu prüfen, Lösungen abzuwägen, Meinungen zu ändern und das Bessere anzunehmen“. Deshalb lautete schon in den 1980er Jahren sein Credo: „Ökologie als Langzeitökonomie“.

Die letzte **STATION V** umfasste die neunziger Jahre und die Zeit bis heute; sie stand unter dem Motto „Vereinigung, ‚Blühende Landschaften‘, Wirtschaftskrise – globale Verantwortung“. *Dr. Walter Flemmer*, Präsident der Bayerischen Akademie für Fernsehen, stellv. Fernsehdirektor und Kulturchef des BR i.R., beleuchtete diese Jahre sowie die tiefgreifenden Veränderungen und neuen Herausforderungen, die sich mit ihnen ergeben haben.

Natürlich standen Mauerfall und Wende, Vereinigung Deutschlands sowie Europas am Beginn und auch im Zentrum seiner Erinnerungen. Doch galten vor allem die jüngeren Erinnerungen gerade im Kontext von Globalisierung der Wirtschaftskrise und den ihr zugrunde liegenden moralischen Werteverlusten, ferner dem Wandel des religiösen Lebens, manifest im Rückgang des Christentums sowie in oft unkritischer Zuwendung zu anderen Religionen und Kulturen, und schließlich der Zukunft eines geeinten, sich seiner Werte bewussten Europas. Gerade hier präsentierte *Dr. Flemmer* seine Erinnerungen nicht als feste Gewissheiten, sondern als Fragen an sich selbst und das Auditorium hinsichtlich des zukünftigen Verhaltens und Handelns.

Obwohl die fünf „Zeitzeugen“ durchaus subjektiv von ihren Erinnerungen berichteten, waren sie gerade deshalb sehr eindringlich und riefen bei den Zuhörern viele eigene Erinnerungen hervor und machten auf viel Erinnerungswertes aufmerksam. Dessen wichtigste Aufforderung besteht wohl darin, die grundlegenden Elemente des demokratischen Alltags nicht für selbstverständlich zu nehmen, sondern die Demokratie als Staats- und Lebensform täglich neu anzunehmen. Wie vor 60 Jahren fühlt sich der Freundeskreis auch heute verpflichtet, in diesem Sinn Orientierungshilfe zu leisten. ■

PERSONELLE ÄNDERUNGEN IN DEN LEITERTEAMS GRÜNWALD UND HOF

Das Ehepaar *Anneliese* und *Alfred Martin* sowie Herr *Pfarrer Christian Stalter* freuen sich, dass sie mit Frau *Karin Jacobs-Zander* Unterstützung bei ihrer Arbeit als Leiter des Freundeskreises Grünwald bekommen haben.

Nach fünfjähriger Amtszeit hat Herr *Hans Stettner* im Oktober die Leitung des Freundeskreises Hof an Frau *Beate Franz*, Redakteurin bei der Frankenpost, übergeben.

Wir wünschen beiden neuen Mitstreiterinnen viel Erfolg und Freude bei der Tätigkeit im Freundeskreis.

REISEN DES FREUNDESKREISES 2010

„Auf den Spuren von
Theodor Fontane durch die
Mark Brandenburg“
13. – 20.06.2010

Das äußerst große Interesse an der Fontane-Reise im letzten Jahr gab den Ausschlag, diese Reise 2010 noch einmal zu wiederholen. Unter versierter Reiseleitung und spezieller literarischer Betreuung werden zunächst von Chorin später von Lübbenau aus, die wichtigsten von Fontane beschriebenen Orte, Schlösser, Kirchen und Adelssitze in der Uckermark, im Oderbruch und der Niederlausitz besucht. Auch Bettina von Arnim, Heinrich von Kleist, Gerhart Hauptmann, Bert Brecht und Fürst Hermann von Pückler-Muskau kommen zu Wort. Ein weiterer Schwerpunkt der Reise: die Historie und industrielle Entwicklung Brandenburgs/Preußens bis in die heutige Zeit.

„Piemont mit Turin“
03. – 10.10.2010

Das Piemont wurde als Region erst in den 70er Jahren gegründet und gehört heute zu den reichsten Gegenden Italiens. Touristisch noch relativ wenig erschlossen, reizt die abwechslungsreiche Landschaft. Im Susa- und Aostatal überraschen dazu zahlreiche Baudenkmäler aus römischer Zeit, mittelalterliche Bergstädtchen oder romanische und spätgotische Kirchen. Im Mittelpunkt der Reise steht Turin, das einst von den Savoyern als Residenz erkoren und ab 1861 für vier Jahre erste Hauptstadt des geeinten Italiens wurde. Kulturell lebt Turin von seinen großartigen Kirchen (Dom mit Grabtuch), seinen Palästen, und Museen. Neben kulturellen Aspekten wird auf dieser Reise aber auch das Kulinarische nicht zu kurz kommen.